

Volkswacht

für Schlessen

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Aussicht“, „Sozialistische Literatur-Ausschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Hirschstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Zeitstraße 11, sowie durch alle Anzeigen zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rml. + 8 Pf. Trägerlohn + 0.50 Rml. monatlich 1.76 Rml. + 25 Pf. Trägerlohn = 2.19 Rml. Durch die Post einzeln, Zustellungsgebühren 2.16 Rml.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Num. Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlessen 10 Pf. (Stellenangebote 14 Pf., auswärtig 17 Pf., Anzeigen unter Text 70 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Vereins-, Besuchs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf.) Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hirschstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeliefert, wenn Rückporto beiliegt

Banerot von Schieles Junterpolitik.

Wie Schiele und der Landbund auf der ganzen Linie versagten.

Berlin, 21. März. Ein Unglück kommt selten allein. Das doppelte Unglück der deutschen Landwirtschaft heißt aber Agrarkrise und Reichsernährungsminister Schiele. Wir würden mit der Krise schneller und eher fertig werden, wenn an der Spitze des Landwirtschaftsministeriums im Reich nicht ein Mann stünde, der den an ihn herangetragenen Aufgaben ohne Zweifel nicht gewachsen ist. Als die nahe bevorstehende Agrarkrise im Frühjahr 1927 ihre Schattens voranschickte, liehen der Reichslandbund und sein Beauftragter im Reichsernährungsministerium die Dinge trotz aller Verneinungen ruhig an sich heranzukommen. Hätte man frühzeitig und rechtzeitig alle Kräfte zusammengefaßt, mit dem einen Ziele, die Krise zu mildern und sie sobald als möglich zu überwinden, so wäre der deutschen Landwirtschaft vieles erspart geblieben.

Hier hat der deutsch-nationale Reichsernährungsminister versagt. Er mußte versagen, denn angesichts der bedenklichen Entwicklung in der Landwirtschaft hatte er nur eine Sorge: Wie kann ich dem Großgrundbesitz helfen, wie kann ich die Situation ausnutzen, um die Positionen des Reichslandbundes zu stärken und die Maßnahmenpraxis der Großagrarier zu befriedigen? Ueber diese Sorge vergaß man im Reichsernährungsministerium, daß es neben dem Großgrundbesitz noch einen Bauernstand in Deutschland gibt und daß der kleine und mittlere landwirtschaftliche Betrieb ebenso unter der Krise leidet wie der Großbetrieb. Der deutsch-nationale Ernährungsminister ist eben kein Minister für die Landwirtschaft, sondern ein Minister für den Großgrundbesitz. Deshalb hat Schieles Politik von Anfang an die Haut des Bauern zu Markte geschlagen, um dem Junker zu helfen. Schieles Politik ist so einseitig im Sinne der Großagrarier orientiert, daß sie die notwendige Aktion zur Sanierung der Landwirtschaft bedroht und gefährdet. Wenn hier das Schlimmste verhängt wurde, so ist das dem in den letzten Wochen auf den Reichslandbund-Demonstrationen so sehr gelästerten Parlamentarismus und der preußischen Regierung, die eine hemmungslose landbündlerische Agitation als Bauernfeind und Bauernschred hinstellt, zu danken.

Dafür nur ein Beispiel: Zur Behebung der gegenwärtigen außerordentlichen Notstände in der Landwirtschaft hat der Reichstag rund 85 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Von Anfang an zielten jedoch die Maßnahmen des deutsch-nationalen Reichsernährungsministers dahin, eine Kontrolle über die Verwendung des Geldes auszusprechen und die Verfügung über die Notstandsmittel seinen Freunden in die Hände zu spielen. Man kann es offen aussprechen, der Reichsernährungsminister wollte den Kleinen und den mittleren Landwirt um seinen Anteil prellen. Die fetten Huppen der Staatshilfe sollten dem Großgrundbesitz zugeschanzt werden und der Bauer sollte sich, wie das so oft in den letzten Jahren in ähnlichen Fällen geschehen ist, mit den Brojamen begnügen. Man hätte so wieder einmal Millionen für banerote Großbetriebe verpulvert und dem Kleinen Beförder, dem recht gut zu helfen ist, die leeren Hände und die leeren Taschen gezeigt. Für ihn wäre dann nichts mehr dagewesen.

Man hat dem Reichsernährungsminister und seinen Getreuen aber diesmal einen Strich durch die Rechnung gemacht. Reichsrat und Reichstag bestanden auf der parlamentarischen Kontrolle dieser Gelder und ließen es durch, daß der Verwendungszweck fest umschrieben wurde und ein Ausschuß darüber wacht, daß die Millionen nicht nur dem Grundbesitz, sondern auch dem Kleinen Landwirt zugute kommen. So ganz wird der Reichsernährungsminister allerdings seine Pläne noch nicht aufgegeben haben. Nach den vorliegenden Beschüssen ist er nämlich beauftragt worden, Richtlinien über die Verwendung des Notstandsfonds aufzustellen. Wir werden diese Richtlinien sehr scharf im Auge behalten und glauben, dadurch der deutschen Landwirtschaft als ganzes zu dienen. Die Öffentlichkeit, die die Gelder für Notstandsaktionen ausbringen muß, hat nur Interesse an einer Sanierung der ganzen Landwirtschaft und nicht an einer Subventionierung des Junkers.

Auch auf einem anderen Gebiet ist es gelungen, die gefährlichen Ansprüche des Reichslandbundes zurückzuweisen. Mit Hilfe der vom Reichslandbund beherrschten Rentenbankkreditanstalt hat der Reichsernährungsminister versucht, in die preussische Zentralgenossenschaftsliste einzubringen und das ganze landwirtschaftliche Genossenschafts- und Personal-Editwesen seinen Freunden botmäßig zu machen.

Unter dem Vorwand, die Rentenbankkreditanstalt an der Durchführung des Notprogramms zu beteiligen, schlug Schiele vor, das Statut dieses Instituts zu ändern; u. a. forderte er das Recht für die Rentenbankkreditanstalt, sich an wirtschaftlichen Unternehmungen zu beteiligen, Depositionen anzunehmen und, entgegen einschneidenden Bestimmungen, beliebige Personalkredite zu gewähren. Wären diese Forderungen durchgedrungen, dann hätte die Rentenbankkreditanstalt mit Geldern, die ihr aus einem Privileg des Reiches z-fließen, die landwirtschaftlichen Genossenschaften von sich abhängig gemacht. Sie wäre so in die Lage versetzt worden, der Preußenklasse eine ungesunde Konkurrenz zu machen, die ohne Zweifel die Sanierungsaktion stark gefährdet hätte.

Gegen diese Politik wandte sich Preußen. Es hatte die Möglichkeit, dem von der Reichsregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Veränderung des Rentenbankgesetzes im Reichsrat Schwierigkeiten zu machen. Dadurch wäre jedoch für die landwirtschaftliche Sanierungsaktion wertvolle Zeit verloren gegangen. Das wollte Preußen nicht. Es beschritt den Weg zu Verhandlungen und erzielte am Mittwoch eine Einigung mit dem Reichsernährungsministerium. In dem geschlossenen Kompromiß gibt das Reichsernährungsministerium seine Rechte an Preußen auf. Ein Einbringen der Rentenbankkreditanstalt in den Genossenschaftsverband der Preußenklasse mit den Genossenschaften kommt nicht in Frage. Zugestanden wurde von Preußen lediglich eine Beteiligung der Rentenbankkreditanstalten an solchen Unternehmungen, die den Absatz landwirtschaftlicher Produkte fördern wollen, nicht aber die Beteiligung an Produktionsgesellschaften. Außerdem ist jede Beteiligung der Rentenbankkredit-

Zum Finanzstandal in der Provinzialverwaltung.

Die Genossen Winger und Dr. Hamburger haben im preussischen Landtag folgende

Kleine Anfrage
eingebraucht:
Nachdem gegen leitende Beamte der nieder-schlesischen Provinzialverwaltung wegen der in unseren Kleinen Anfragen 1921 und 1924 erhobenen Vorwürfe laut Antwort des Herrn Ministers des Innern vom 27. Dezember 1927 die erforderlichen Maßnahmen getroffen worden sind, werden in der Öffentlichkeit neue, schwere Beschuldigungen gegen den Herrn Landeshauptmann von Niederschlesien und ihm unterstellte Beamte laut. Diese Vorwürfe finden ihre Grundlage in einem an den Abwählungskommissar für Schlessen, Herrn Oberpräsidenten Dr. Maier, gerichteten Schreiben des Herrn Landeshauptmanns der Provinz Oberschlessen, das mit der finanziellen Auseinandersetzung zwischen dem schlesischen Provinzrat im Zusammenhang steht. In diesem Schreiben erklärt der Herr Landeshauptmann von Oberschlessen als Ergebnis seiner Feststellungen:

„daß die Substanz der Fonds (nämlich der Provinz Schlessen im Jahre 1923) den provinziellen Vorschriften zuwider ohne Genehmigung der zuständigen Organe angegriffen worden ist. Der Verkauf ist fast durchweg unter Außerachtlassung aller bestehenden Bestimmungen von mittleren Kassensbeamten bewirkt worden. Ordnungsmäßige Kasseebelege sind nur in den seltensten Fällen vorhanden. Die Buchungen sind vielmehr fast durchweg nur auf Grund der Bermerle (Zettel) der mittleren Kassensbeamten erfolgt. ... Dazu kommt, daß die Beamten, welche die Unterlagen ausgefüllt haben, Effekten in erheblichem Umfange selbst erworben und in eigenen Geschäften dienlich gezeichnet haben. Jegende eine Kontrolle der Bezüge in bezug auf diese Geschäfte war bisher nicht festzustellen. Es fehlen die nötigen Bescheinigungen, es fehlt aber auch die Rechnungsrevision auf Grund der Belege. Art und Form der Verkäufe sind als völlig unverständlich angesehen worden.“

Ist das Staatsministerium bereit, sofort durch eigene Beauftragte in eine Prüfung dieser Beschuldigungen einzutreten?

Wird es, falls sie sich als berechtigt herausstellen, die verantwortlichen Beamten unmissverständlich im Disziplinarwege zur Rechenschaft ziehen, und zwar nicht nur diejenigen, die sich ausdrücklich persönliche Vorteile verschafft haben, sondern auch diejenigen, die es an Aufsicht, Kontrolle und Wahrung der Zuständigkeiten der provinziellen Körperschaften auch damals wiederum haben lassen?

anstatt begrenzt und von der Zustimmung einer Verwaltungsratsmajorität abhängig, die zwei Drittel der Stimmen ausmachen muß. Damit hat man den Plänen des Reichslandbundes und des Reichsernährungsministers die Giftzähne ausgebrochen.

Das Kompromiß ist ein Erfolg der preussischen Politik und wird sehr wahrscheinlich die kommende Regelung des Preußenkassengesetzes günstig beeinflussen. Wir verstehen es, wenn die agrarische Presse ob der neuen Abfuhr, die sich der Reichsernährungsminister geholt hat, Gift und Galle speit und „von einer Patentlösung des Rechtsanwalts Klepper spricht, der mit Braun und Höppler-Wschoff die Wege des roten Staatssekretärs Krüger wandelt!“ Dadurch werden sich diese Persönlichkeiten, die täglich von der Reichspressen mit Beschimpfungen überhäuft werden, in ihren Zielen nicht irre machen lassen. Die Zeit ist auch nicht mehr fern, wo selbst die jetzt durch den Reichslandbund Verhütten es der preussischen Regierung danken werden, daß sie in kritischer Zeit klaren Blick und Mut zur Wahrheit hatte, daß sie — auch gegen den Willen des Reichslandbundes und des Reichsernährungsministers Schiele — Willen und Entschlossenheit aufbrachte, um der Landwirtschaft wirklich zu helfen!

Der Reichsrat nahm am Mittwoch die Novelle zum Gesetz über die Errichtung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt nach den Vereinbarungen zwischen Preußen und dem Reich an.

Wie Schiele die Schweinemäster schädigt.

Der Reichsernährungsminister ist einfach unermüdlich, wenn es heißt, die Gelder der Steuerzahler als Liebesgaben an seine Freunde auszugeben. Seine neuesten Pläne sehen die Gewährung einer Ausfuhrprämie für den Export von Schweinefleisch, Schweinehäuten usw. (Bacon-Industrie) vor. Der Gedanke, die Ausfuhr von Schweinen und Schweinefleisch mit staatlicher Hilfe zu fördern, um den deutschen Markt zu entlasten, ist gesund. Unschwer für die Produkte der Bacon-Industrie ist vor allem England. Hier wird der Markt aber von der dänischen Bacon-Industrie beherrscht, weil die deutsche Produktion nicht genügend wettbewerbsfähig ist. Um ein Schwein im Gewicht von 2 Zentnern aufzuzüchten, gebraucht der Deutsche Schweinemäster 4 bis 5 Doppelzentner Futtermittel, die nach Lage der Dinge aus dem Auslande eingeführt werden müssen. Auf dieser Werteneinfuhr ruht aber ein Zoll von 8 bis 10 Mark. Die Sünde der überfekten Agrarpolitik rächt sich hier; die deutsche Fleischwaren-Industrie ist infolge der überfekten Futtermittel vorbelastet und kann die Konkurrenz mit der dänischen Bacon-Industrie nicht aufnehmen. Die vom Reichslandbund im Sommer 1925 durchgesetzten Zölle treffen und schädigen die deutschen Schweinemäster.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat nun vor einigen Wochen einen Antrag eingebracht, der die Ausdehnung der Einfuhrzölle auf Schweine und Bacon vorseht. Der Sinn des sozialdemokratischen Antrags geht dahin, für jeden ausgeführten Doppelzentner Schweinefleisch einen Einfuhrzoll zu gewähren, der den Wert der Zollabgaben hat, die bei der Einfuhr von 4 bis 5 Doppelzentnern erhoben werden. Kurz gefaßt:

Die Sozialdemokraten verlangen die Beseitigung der Zölle auf Futtermittel, soweit diese zur Produktion von Export-Schweinefleisch benutzt wird.

Damit wäre den deutschen Schweinemästern geholfen worden und die Möglichkeit für einen erfolgreichen Wettbewerb der deutschen Bacon-Industrie auf dem englischen Markt gegeben.

Was macht aber der deutsch-nationale Reichsernährungsminister aus diesem wirtschaftlich gesunden Antrag? Er verfährt ihn in Liebesgaben! Nach dem im Reichsernährungsministerium ausgearbeiteten Plan soll der für die Ausfuhr von Schweinefleisch gewährte Einfuhrzoll auch dazu dienen, andere Waren als Futtermittel ohne Zoll beim mit verringertem Zoll nach Deutschland einzuführen. So gehandhabt, würde der Einfuhrzoll ein vergrößerter und verlässlicher Ersatz von Futtermitteln schaffen, sondern schließlich nur den Import von Waren nach Deutschland erleichtern, an denen wir im Hinblick auf unsere positive Handelsbilanz gar kein Interesse haben.

Weiter will der Reichsernährungsminister Ausfuhrprämien gewähren, und zwar 6 Mark für lebende Schweine (Doppelzentner), 9 Mark für einen Doppelzentner einjährig zubereitetes Fleisch und 12 Mark für einen Doppelzentner Schweinehäuten. Damit wird der Einfuhrzoll in Reparationsprämien verwandelt. Sie soll auch für die 3000 Reparations-schweine gezahlt werden, die Deutschland nach den geltenden Abmachungen an Frankreich abzuliefern hat. Es ist nicht genug, daß das deutsche Volk Reparationslieferungen bezahlt; Herr Schiele will, daß Deutschland noch auf die Reparationslieferung Liebesgaben und Ausfuhrprämien sieht.

Von dieser samalen Regelung wird im Übrigen nicht die Landwirtschaft, sondern der Schweinehandel profitieren. Sobald Schieles Plan in der Öffentlichkeit bekannt wurde, hatten bekannte Schweine-Größen in der Reichspressen zu tun, als sich eine Gefahr zu lösen und nach Paris zu fahren. Hier bemühen sie sich intensiv, darum, die deutschen Schweinefleischlieferungen auf Reparationskonto zu erhöhen.

Diese Tatsache dürfte auch der Gewissheit des Reichsernährungsministers und des Reichslandbundes die Augen öffnen. Wann aber, so fragen wir, wird das deutsche Volk von Herrn Schiele befreit werden?

Gegen den Landbundswindel.

Der preussische Finanzminister bemerkt, wer der Landwirtschaft wirklich hilft.

Berlin, 21. März. (Eigener Bericht.)

Der Preussische Landtag nahm am Mittwoch zunächst die Wahl des ersten Vizepräsidenten vor. Dr. von Kries wurde durch Zufall wiedergewählt. Das Haus erledigte hierauf eine Reihe kleinerer Vorlagen. Es wurden u. a. mehrere Anträge des Landwirtschaftsausschusses angenommen, die eine Milderung der Kollage der Landwirtschaft durch Einwirkung auf die Kommunen — die Zuschläge zur Grundvermögenssteuer sollen auf das Mindestmaß herabgedrückt werden — verlangen.

In der fortgesetzten zweiten Beratung des Haushalts der Allgemeinen Finanzverwaltung erhielt zunächst das Wort

Abg. Dr. Baentig (Soz.):

Dem Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung werden wir in der Hauptauschussfassung zustimmen. Die vorhandenen Reserven sind inzwischen aufgebracht. Wie aber soll das Defizit gedeckt werden, wenn die erhofften höheren Ueberweisungen vom Reich nicht kommen? Werden wir im Stande sein, weitere schwebende Schulden in Anleihen zu verwandeln? Es erhebt sich die Frage, ob Staatsunternehmungen für diesen Fall als Kreditunterlage dienen können, denn die Staatsbetriebe sind schließlich gezwungen, ihre eigene Finanzpolitik zu machen. Wir sind der Auffassung, daß Sparmaßnahme an unrentablen Betrieben, z. B. beim Wohlfaßwerk, die Auslieferung der breiten Massen an die Auswirkung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bedeutet. (Sehr wahr! bei den Soz.) Angesichts des Hochhaus-Standals und anderer über Eisenbahnen im Reich ist die Forderung zur Sparmaßnahme nicht an Preußen, sondern an die Adresse der Reichsregierung zu richten. Der Finanzausgleich ist im Augenblick ein System vollkommener Verwirrung. Allerdings wird eine Milderung in diesem Jahre nicht mehr möglich sein. Ebenso unmöglich ist es, zum System der Vorkriegszeit zurückzuführen. Einen befriedigenden Finanzausgleich werden wir erst bekommen, wenn das Problem der Lastenverteilung praktisch gelöst ist. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Heden (Dnat.) befragte die außerordentliche Ueberleitung der Gemeinden, die dadurch zum Teil über 250 Prozent Zuschlag zur Grundvermögenssteuer erheben müßten. — Abg. Dr. Neumann-Brosch (D. Vp.) forderte Monatsübersichten über Einnahmen und Ausgaben des Staates.

Hier wurde die Aussprache unterbrochen, um die Abstimmungen über den Etat des Finanzministeriums vorzunehmen. Angenommen wurde ein Hauptauschussantrag, der verlangt, daß Kriegsbeschädigte, die seit zwei Jahren im Staatsdienst beschäftigt sind, mit möglicher Beschleunigung als Beamte angestellt werden. Bei einem Abbau von Angestellten und Beamten dürfen keineswegs Kriegsbeschädigte entlassen werden. Ein Antrag der Volkspartei, daß den Berufsverbänden oder Gewerkschaften, die nicht den drei gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen angehören, dieselben Rechte und Vorteile wie diesen gewährt werden, wurde abgelehnt.

Hierauf wurde die Beratung des Haushalts der Allgemeinen Finanzverwaltung fortgesetzt. Es sprechen noch die Abgeordneten Stolt (Komm.) und Schmilian (Dem.).

Finanzminister Dr. Höpker-Mischoff:

Eine scharfe Trennung der Steuerquellen zwischen Reich und Ländern wird auch nach der Steuervereinfachung nicht bestehen. Die Realsteuern und die Hauszinssteuer werden in vollem Umfang den Ländern überwiesen, und bei den Realsteuern wird die Möglichkeit bestehen, von Seiten der Länder die Steuereinheiten zu bestimmen. Bei der Einkommensteuer und der Umlagesteuer werden Reich und Länder jedoch aus derselben Quelle schöpfen müssen. Der preussische Finanzausgleich kann auf die Dauer nicht festgehalten werden. Hoffentlich bekommen wir zum 1. April 1929 den Finanzausgleich in fester Form.

Es ist der Vorwurf gemacht worden, daß unsere Leistungen für Kulturausgaben zu gering seien. Das Gegenteil mögen folgende Zahlen beweisen: Der Zuschußbedarf des Kultusministeriums, der sich für 1913 auf 32 Prozent belief, ist 1927 auf fast 42 Prozent gestiegen. Die Universitäten haben 1913 = 22 Millionen an Zuschuß erfordert, 1928 sind es 55 Millionen geworden. 1913 wurden für die Technischen Hochschulen 5,5 Millionen gegeben, 1928 = 13,6 Millionen. Die Volkshochschulen, die 1911 insgesamt 338 Millionen betrugen, stiegen 1925 auf 547 Millionen. Davon haben die Gemeinden 229 Millionen und der Staat 318 getragen. 1918 betrug der Anteil der Gemeinden an den Volkshochschulkosten 287 Millionen, der des Staates 418. Diese andauernde Steigerung beweist, daß der Staat nach dieser Richtung hin seine Pflicht getan hat.

Wenn die Kosten für die Gemeinden gestiegen sind, so auch die Anteile am Ertrage der Ueberweisungssteuern. Diese sind von 1926 mit 966 Millionen im Jahre 1928 auf 1163 Millionen gestiegen. — Der Minister schließt auf den Vorwurf der Volkspartei, daß er mit dem Amt seines Vorgängers Dr. von Richter gefüllte Kassen übernommen habe, mit dem Hinweis, daß er leider dabei genötigt gewesen sei, auch das ungedeckte Defizit zu übernehmen.

Nach Abg. Colosser (Wirtschp.) sagt

Abg. Hirsch (Soz.):

Berlin ist dadurch, daß der fixierte Einheitsfuß für den Vergleich des Friedensaufkommens mit dem späteren Aufkommen auf 22 Pfennig festgelegt ist schwer benachteiligt. Deshalb waren meine Freunde von vornherein für 25 Pfennig, entsprechend der ursprünglichen Regierungsvorlage. Wenn es nicht gelungen ist, Berlins Wünsche Rechnung zu tragen, so tragen die Schuld hieran die Rechtsparteien. (Sehr wahr! links.) Auch im Plenum ist unter Beschluß, Berlin wenigstens einigermaßen gerecht zu werden, gescheitert. Die Folgen zeigen sich jetzt. Berlin ist nicht imstande, seinen Etat ins Gleichgewicht zu bringen. Trotsdem hat man unserem Antrag, die Eingabe Berlins der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, nicht zugestimmt und sie nur zur Erwägung überwiehen. Wir werden deshalb unseren Antrag hier im Plenum wiederholen. Berlin will durchaus nicht alles das haben, was es ausbringt, aber es wünscht einen gerechteren Lastenausgleich. Die Unterstützung anderer bedürftiger Gemeinden darf nicht soweit gehen, daß Berlin selbst Not leidet.

Abg. Merlen-Berlin (Dem.) lehnte sich ebenfalls für die Berücksichtigung der Wünsche Berlins beim Finanzausgleich ein. — Abg. von Kose (Dnat.) begründete den deutschnationalen Antrag auf Beibehaltung aller Landwirte, die weniger als 1200 Mark Einkommen besitzen, von der Grundsteuer und allen anderen staatlichen Abgaben. Die Preussische Staatsregierung habe kein Verständnis für die Not des Landvolkes gezeigt. (Großer Lärm links.) Dem Vorprogramm des Reichs-Landwirtschaftsministeriums würde von der preussischen Regierung Schwierigkeiten bereitet. (Eruener Widerpruch links.) Der Bauer habe Anspruch auf dieselbe Freiheit der Demonstration im Staat wie jeder andere Bürger. (Zuruf links: Junterhehe!)

Finanzminister Dr. Höpker-Mischoff:

Die Behauptung, daß die Preussische Staatsregierung kein Verständnis für die Not des Landvolkes gezeigt und dem Hilfsprogramm der Reichsregierung Schwierigkeiten bereitet habe, ist nachweislich grob unwahr.

Der Reichslandwirtschaftsminister Schiele hat vom Reichsrat plötzlich 85 Millionen als Nothilfe für die Landwirtschaft verlangt, ohne die Forderung irgendwie zu begründen; wir haben sie trotzdem bewilligt.

(Stürmisches Hört, hört!) Wir wissen noch heute nicht, wie die 25 Millionen Hilfe für ländliche Genossenschaften verteilt werden

sollen. Aber Herr von Kose wird vielleicht genauer als die preussische Staatsregierung wissen, wieviel das Reichslandwirtschaftsministerium davon den Landbunds-Genossenschaften zugesagt hat. (Stürmisches Hört, hört! links) Tropfen haben wir auch dieser Forderung zugestimmt. Die einzig wirksame Kredithilfe für die Landwirtschaft, die Erhöhung des Kapitals der Preußenklasse, haben wir beantragt. (Zuruf des Abg. v. Kose: Keine politische Masche!) Ich darf dem Haus mitteilen, daß der Reichslandwirtschaftsminister heute seine Mitwirkung an dieser Aktion der Preussischen Staatsregierung zugesagt hat. (Stürmisches Hört, hört! links und große Heiterkeit.)

Damit schloß die Aussprache. In der Abstimmung über die zum Etat gestellten Anträge wurde der Antrag der Sozialdemokraten, die Eingabe der Stadt Berlin auf höhere Ueberweisung beim Finanzausgleich der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, abgelehnt. Dagegen stimmten die Rechtsparteien, die Wirtschaftspartei, das Zentrum ein ein Teil der Demokraten. Die Eingabe wurde hierauf der Regierung zur Erwägung überwiehen.

Kannmehr folgte die Beratung des Berichts des Geschäftsausschusses, der dem Hause durch Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erstattet wurde, und der vorschlug, die Genehmigung zur Verhaftung des Abg. Eberlein (Komm.) und zur Strafverfolgung und Verhaftung des Abg. Bied (Komm.) wegen Hochverrats zu versagen. Der Antrag des Geschäftsausschusses auf Verhaftung der Genehmigung zur Strafverfolgung wurde angenommen. Der Antrag der Kommunisten auf Einstellung der Verfahren wurde dagegen abgelehnt.

Hierauf vertagte sich das Haus auf Donnerstag, 22. März.

Der Justizwindel in Rußland.

Wie die russischen Beschuldigungen zusammenbrechen.

Berlin, 21. März. (Eigener Bericht.) Die russische Regierung hat das Auswärtige Amt in Berlin wissen lassen, daß die Untersuchung gegen die verhafteten deutschen Ingenieure beschleunigt durchgeführt wird und voraussichtlich in zwei bis drei Wochen beendet sein dürfte. Dieses Ergebnis der wiederholten Berichtigungen des deutschen Botschafters in Moskau ist sehr dürftig. Moskau besteht auf seinem Schein und so wird schließlich nichts anderes übrig bleiben, als den Verlauf der „beschleunigten“ Untersuchung abzuwarten. Aber dann — in zwei bis drei Wochen — wird die Reichsregierung mit Nachdruck die notwendige Aufklärung über die Ursache der Verhaftungen fordern müssen.

Zunehmend lassen sich aus dem Gewirr der Meldungen und Artikel schon jetzt zwei Tatsachen herausheben. Die eine ist die, daß in der Sowjetunion ganz offenbar ein außerordentlich hartes innerpolitisches Interesse besteht und besteht, durch eine derartige Sensation der Unzuliebeheit breiter Massen ein gewisses Revill zu geben. Die agitatorische Auswertung der angeblichen Verhaftung in der russischen Presse zeigt deutlich, daß es sich hier nicht um eine rein gesetzliche Abhandlung von verbrecherischen Handlungen handelt, sondern daß politische Momente bei der ganzen Affäre eine große Rolle spielen. Dazu paßt die zweite und besonders interessierende Tatsache. Man hat in Moskau von Anfang an die sechs verhafteten Reichsdeutschen selbst von höchster Regierungsstelle aus als überflüssige Verbrecher hingestellt. Jetzt, wenige Wochen nach ihrer Inhaftierung sind von den sechs Reichsdeutschen zwei bereits in Freiheit gesetzt worden. Die Beschuldigungen gegen sie haben sich also nicht aufrecht erhalten lassen. Nun kommt neuerdings die Nachricht, daß der sechste Beschuldigte, ein gewisser K. K. K., überhaupt nicht Reichsdeutscher ist; d. h. daß von den sechs angeblich schwerer Verbrechen beschuldigten Reichsdeutschen nach wenigen Monaten überhaupt nur noch drei übrig geblieben sind. Bedenkt man, welche schweren Anschuldigungen gegen diese Reichsdeutschen erhoben worden sind, und wie verhängnisvoll dieser ganze Zwischenfall die wirtschaftlichen Beziehungen der Sowjetunion mit dem Ausland schädigt, dann kann man nur schütteln, daß die verantwortlichen Gerichtsbehörden in der Sowjetunion in dieser Sache mit einer unverantwortlichen Leichtfertigkeit vorgegangen sind.

Der deutschen öffentlichen Meinung ist es nicht zu verübeln, wenn sie unter diesen Umständen auch bezüglich der noch in Haft befindlichen drei Reichsdeutschen die stärksten Zweifel hegt, ob ihre Verhaftung berechtigt war und ob auch nur entfernt etwas gegen sie vorliegt, das die russische Regierung und die russische Presse so schwere Vorwürfe berechtigt.

Die Haltung der Reichsregierung gebilligt.

Berlin, 21. März. (Eigener Bericht.) Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages gab Außenminister Stresemann am Mittwoch eine Darstellung der deutsch-russischen Verhandlungen. Der Ausschuss billigte mit Ausnahme der Vertreter der kommunistischen Fraktion die Stellungnahme der Reichsregierung.

Neue sozialistische Wahlerfolge.

In Borsarberg, in Karlsbad und in Jishöfen.

Bregenz, 20. März. Sonntag fanden die infolge der vorzeitigen Auflösung des Landtages notwendig gewordenen Neuwahlen statt. Die Auflösung erfolgte, weil die Bürgerlichen sich von einer neuen Wahl, für die der 15. Juli den Agitationsstoff liefern würde, eine gründliche Korrektur des vorjährigen Nationalratswahlergebnisses versprochen, das bekanntlich den Sozialdemokraten einen großen Erfolg brachte. Die Hoffnungen der Christlichsozialen und Großdeutschen wurden arg enttäuscht. Die Sozialdemokraten haben nicht nur kein Mandat eingekauft, sie gewannen sogar auf Kosten der Bürgerlichen ein neues Mandat und fügten zu dem vorjährigen Wahlerfolg bei den Nationalratswahlen heute einen neuen Sieg hinzu.

Bei den letzten Landtagswahlen im Jahre 1923 erhielten die Sozialdemokraten 12302 Stimmen, gestern Krieg die Stimmenanzahl auf 16254. Der Gewinn brüht sich in der Erhöhung der Mandatszahl von fünf auf sechs aus.

Die Zusammenlegung des neuen Landtages ist nun: 6 Sozialdemokraten, 21 Christlichsoziale, 2 Landbändler und 1 Großdeutscher. Die sechs zählen die Christlichsozialen, denen die Landbändler wieder das eine gekaufte Mandat abnahmen, und die Großdeutschen, die von zwei Mandaten eines an die Sozialdemokraten abgeben mußten.

Die sonntäglichen Gemeindevahlen in Karlsbad und Jishöfen haben unserer Partei einen überwältigenden Sieg, den Deutschbürgerlichen eine schwere Niederlage gebracht. Infolge der Eingemeindung von Donik hat sich die Zahl der Mandate in Karlsbad von 36 auf 42 erhöht; von diesen sechs neuen Mandaten hat die Sozialdemokratie allein fünf erobert und ihre Stimmenzahl gegenüber den Parlamentswahlen des Jahres von 1923 um 750 Stimmen oder um 22,5 Prozent zu steigern vermocht. Gegenüber den letzten Gemeindevahlen in Karlsbad und Donik, wo wir in beiden Orten 3144 Stimmen erhielten, beträgt die Steigerung 334 Stimmen oder 29,7 Prozent.

Deutsche Sozialdemokraten 4093 (3333) Stimmen, 13 (8) Mandate; Kommunisten 331 (268) Stimmen, 1 (0) Mandate; Deutsche Nationalpartei 4994 (5517) Stimmen, 16 (16) Mandate; Deutsche Nationalsozialisten 1159 (1152) Stimmen, 3 (5) Mandate; Deutsche Demokraten 977 Stimmen, 8 (2) Mandate; Deutsche Christlichsoziale 884 (719) Stimmen, 2 (2) Mandate; Deutsche Gewerkschaftspartei 706 (773) Stimmen, 2 (2) Mandate; Deutsche Gewerbe-

partei 210 (0) Mandate; Vereinigte christliche Liste 440 Stimmen, 2 (1) Mandate.

Die deutschnationalen Katholikenpartei hat mit Mühe ihre 16 Mandate erhalten (um angehtis der um 6 erhöhten Mandatszahl ihre frühere Stellung zu behaupten, hatte sie aber 19 Mandate aufbringen müssen!), während die Fortschrittler seit den letzten Gemeindevahlen 349 Stimmen und zwei Mandate einbüßten.

Geradezu überwältigend ist der Wahlerfolg unserer Partei in Jishöfen, wo die Deutschbürgerlichen seit Jahren einen heftigen Kampf gegen unsere Partei führten. Die Gegenläge wurden damals so groß, daß die Gemeindevahlversammlung und durch eine Verwaltungskommission ersetzt wurde. Bei der sonntäglichen Wahl hat nun die Bürgerliche von Jishöfen den Deutschbürgerlichen, die die Ausschreibung der Wahl zu hinterziehen suchten, eine Antwort gegeben, die nicht bald ihresgleichen findet.

Die Sozialdemokratische Partei erhielt 3227 Stimmen, also um 757 Stimmen mehr als bei der letzten Wahl, und gewann zu den bisherigen 18 Mandaten zwei weitere. Die deutschbürgerliche Wahlgemeinschaft, die bei den letzten Wahlen 14 Mandate erhielt und diesmal auf vier Listen kandidierte, brachte insgesamt nur zehn Mandate auf. Der Verlust von vier Mandaten entfällt auf die altdeutsche Gruppe, die im Kampf gegen die Sozialdemokraten an der Spitze stand.

Der Tag der Militaristen.

Die Diskussion über den russischen Abrüstungsplan.

Genf, 21. März. (Eigener Bericht.) Die Abrüstungskommission glied am Mittwoch teilweise einem Kriegerverein teilweise einer antibolschewistischen Liga. Holland, Serbien, Polen, Belgien und Griechenland zeigten sich militaristischer und jenseitendlicher als die Vertreter der Großmächte. Ihre Abweisung des russischen Vorschlages wurde zu einem wütenden Angriff gegen den deutschen Standpunkt, daß der § 8 eine Herabsetzung der Rüstungen schon jetzt fordert und zu dem Bestreben, die militärischen Machtmittel würden nicht nur zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen internationalen Lage, sondern vor allem zur Aufrechterhaltung der sozialen Ruhe und Ordnung in den Staaten benötigt.

Der Holländer Rutgers, in seinem Vaterland konservativer Parteiführer und Sekretär einer antisozialistischen Liga erklärte, daß die Abrüstung zu inneren Unruhen, Revolten und Revolutionen führen würde und die Völker zu einer Beute von Briganden, Piraten, Abenteurern und Revolutionären mache. Polen und Belgien betonten, daß Rüstungen zur Aufrechterhaltung der internationalen gegenwärtigen Situation, für die der Völkerbund garantiert, nötig seien. Der Griechische Politis erkam den Gipfel mit der Behauptung, eine so weitgehende Abrüstung sei durch die bekannten Bestimmungen besonders die §§ 10 und 11 direkt verboten. Die Mitglieder des Völkerbundes seien verpflichtet, Streitkräfte für die Landesverteidigung, die Beteiligung an Sanktionen und den Schutz der inneren Ordnung zu unterhalten. Die gewisse Rüstungsverminderung die der § 8 erlaubt, erfordere nicht nur eine genügende internationale Sicherheit, sondern auch eine Befriedung des Klassenkampfes und die Garantie des Völkerbundes für die innere Ordnung der Staaten. Die soziale und wirtschaftliche Sicherheit zu schaffen und zu verteidigen, gehöre gleichfalls zu den Verpflichtungen der Völkerbundsmitglieder. Die Kommission habe gar kein Recht zur Behandlung des russischen Plans.

Frankreich, Schweden und Amerika nahmen eine so starke reaktionäre Einstellung. Amerika erklärte zwar, den russischen Plan für unannehmbar, sprach sich aber für eine schnelle Fortsetzung der begonnenen Arbeiten der Kommission und für eine baldige Abrüstungskonferenz aus. Schweden betonte, daß mit der Rüstungsherabsetzung endlich begonnen werden müsse. Rußland und Bulgarien traten als einigste den Prinzipien des russischen Planes zu. Letzteres wies auf die Gefahr hin, die darin liege, daß die entwaffneten bestiegten Staaten von schwer bewaffneten Nachbarn umgeben seien.

Am Donnerstag wird Litwinoff antworten. Die reaktionären Angriffe auf den Klassenkampf der Arbeiterschaft und die deutschen Besenntnisse zu militaristischer Machtpolitik machen ihm wahrlich eine Antwort leicht. Die praktische Abrüstung allerdings wird durch den zu erwartenden propagandistischen Erfolg Litwinows nicht gefördert werden. Es ist sehr fraglich, ob der russische Vorschlag überhaupt im Detail behandelt wird.

Der Phöbusauschuss fertig.

Berlin, 21. März. (Eigener Bericht.) Der Unterausschuss des Haushaltsausschusses zur Untersuchung der Phöbus-Affäre erörterte am Mittwoch nachmittag den vom Berichterstatter Abg. Heinig (Soz.) vorgelegten schriftlichen Bericht und die von ihm aufgestellten Schlussfolgerungen. Im großen und ganzen ergab sich im Unterausschuss über den Bericht Einmütigkeit, während einige kleine Einzeläußerungen nochmals erörtert werden sollen.

Der Bericht stellt die etatmäßige Seite in den Vordergrund. Nach seiner Durchsicht wird der Unterausschuss am Freitag nachmittag in einer letzten Sitzung die endgültige Fassung vornehmen. Der Bericht wird dann dem Plenum des Haushaltsausschusses zugewiesen werden, das sich voraussichtlich am Montag mit dieser Angelegenheit beschäftigen wird.

England will seine Luftflotte vergrößern.

London, 20. März. Im Unterhaus führte der Luftfahrtminister Hoare aus, es sei das Ziel der Regierungspolitik, eine Luftflotte zu erbauen die hinreichend stark sei, um die Gefahren eines Angriffes auf Großbritannien so groß zu machen, daß niemand es wagen würde, einen solchen Versuch zu unternehmen. Der Reichsverteidigungsausschuss sei aufgrund einer vor einigen Jahren angefertigten Untersuchung zu der Entscheidung gekommen, daß mindestens 52 Geschwader für Verteidigungszwecke erforderlich seien. Großbritannien besitze jedoch nur 30 bis 40 Geschwader, und er werde sich nicht zufrieden geben, bis dieses Programm von 52 Geschwadern vollständig ausgeführt sei. Zur Frage der Transatlantikflüge sagte Minister Hoare, er würde es für unklug halten, wenn sich die Regierung geistliche Vollmachten zur Verhinderung derartigen Flüge erlauben ließe. Er würde es wohl lieber sehen, wenn solche Flüge nicht verhindert würden, bis dazu besser geeignete Flugzeuge vorhanden seien, aber es sei doch für den Staat sehr schwierig, Einzelpersonen daran zu verhindern zu wollen, solche Flüge zu machen, wenn es ihr Wunsch sei.

Letzte Nachrichten.

Die Leiche Hinchliffes gefunden.

Eine bisher unbestätigte Meldung aus New York besagt, daß die Leiche des Ozeanfliegers Hinchliffes aus seiner Begleiterin in der Nähe der Stadt Brownhall im State Maine (USA.) aufgefunden worden seien. Es wird angenommen, daß die Flieger bei einer Kollision mit dem Tod gefunden haben.

Otto Braun erkrankt.

Der preussische Ministerpräsident Otto Braun ist an einer Gürtelruhe erkrankt. Braun selbst hofft jedoch, schon im Laufe der kommenden Woche die Dienstgeschäfte wieder aufnehmen zu können.

Für das Groß-Reinmachen



- Staubwedel 1.25 bis 75
- Fensterleder gute Qualität . . . 2.95 bis 95
- Eimer 28 cm Emaille 1.55 95
- Fensterelmer Emaille weiß m. kleinen Fehlern 95
- Leitern in den verschiedensten Höhen zu billigsten Preisen
- Handscheuerbürsten Fiber 15
- Handscheuerbürsten Wurzel 28
- Schrubber Wurzel oder Fiber 45
- Aufwischbürsten lang Fiber 45
- Teppichbürsten Bassine 48
- Möbelbürsten Kokos 95
- Robhaarleger 1.45 bis 85
- Robhaarbesen 3.55 bis 95

- Bohnerbürsten 12.- bis 3.95
- Reißstroh-Teppichbürsten Brosen mit kleinen Fehlern 25
- Rehrschaufeln neublau oder braun Emaille 50
- Rohr-Möbelklopfer 1.25, 95 65
- Scheuertücher mit verstärkter Mitte 3 Stück 85
- Scheuertücher vom Stück, extra gute Qualität 58
- Poliertücher gelb oder mit Kanle 1/2 Dtz. 1.50, 1.10 85
- Wischtücher rot oder blau kariert Stück 50, 35 20
- Küchenhandtücher Baumwolle od. Leinen grau und hellgestreift gesäumt und gebündelt Stück 75, 50 35
- Bohnertücher grün Fries Größe 40x60 Stück 1.25, 1.10 95
- Gläsertücher Halbleinen oder Leinen kariert oder mit Schriftkante Stück 95, 75 60

- Bohnerwachs pr. Qual., 3 Pfd.-Dose 1.50, 1 Pfd. 95, 1/2 Pfd. 45
- Sidol-Metallputz Flasche 1.-, 55, 35 20
- Oberschal-Seife 2 große Riegel 95
- Reine Kernseife 5 Doppelstücke u. 2 Pfd. Seimlak-Schnittel Pulver zusammen 95

Sanlicht-Seifen, Suma-Seifen-Pulver Persil, Sil, Henko, Ata-Scheuerpulver

- Toiletten-Fett-Seife Lavendel ca. 165 g 3 St. 95, 125 g 3 St. 65, 100 g 3 St. 55 1 Stück 35, 1 Stück 25, 1 Stück 20
- Linoleum-Läufer u. Auslegeware 150 cm, Meter 4.25, 100 cm, Meter 2.95, 80 cm, Meter 2.60, 65 cm, Meter 1.85
- Wachstuch-Barchent klare Muster 1100 cm 1.80, 85 cm breit Meter 1.50



Erfrischend, nervenstärkend, desinfizierend durch
Meyers Original-Schwarzwälder Fichtennadel-Präparate!

Im Lichthof: Vorführung und Verkauf!

Vorführung u. Verkauf im 3. Stock.

- Hand-Mop für Möbel 3.15, 2.25 1.65
- Zauber-Mop für Fußböden 2.50 2.65
- Figaro-Mop für Fußböden 7.50 bis 3.-
- Hand-Wedel für Möbel, Türen 3.75
- Poliertücher für Möbel 1.50 1.-
- Flüssiges Öl für Mop 3.25 bis 45
- Flüssiges Bohnerwachs für Fußböden und Möbel 1.50 75
- Ersatzstreifen zu jedem Mop passend

Im Lichthof: Die originelle Osterdekoration „Des Osterhasen Luftreise!“
Ihr lieben Kleinen fern und nah
Der Osterhase - er ist da!
Per Flugzeug kam er zu uns her
Parten bei Barasch landet er.
**Wollt ihr den Osterhasen seh'n,
Müßt schnellstens ihr zu Barasch geh'n!**

Barasch

Stadttheater
(Opernhaus)
Dienstag 15 bis nach 11 Uhr u. Donnerstag 20 bis 22 Uhr
Rege Gastspiele
König der Fische!
Die Frau als Herrin
Alli Baba
Bauer Teil
Sardaignen u. a.
Bertram aus
20 bis nach 22 Uhr
15. Thom. Hofell
Erz H.
Offenstube
Gartenstraße
„Johanna“
Eisenbahn.
19 u. 20 Uhr
Wiederholung
des 1. Akt
des 2. Akt
des 3. Akt
des 4. Akt
des 5. Akt
des 6. Akt
des 7. Akt
des 8. Akt
des 9. Akt
des 10. Akt

Lobe-Theater
Tel.: Ring 6774
Donnerstag, Freitag, 20 Uhr:
Die letzten Willkürigen!
Der Frauenarzt
Schauspiel
von Hans J. Reisch.
Samstag 20 Uhr:
Zwölftausend
Schauspiel u. Komödie
Sonntag 15.30 Uhr:
In kleinen Freizeiten!
Sch' dem, der singt!

Thalia-Theater
Tel. Ring 4701
Täglich 20 Uhr:
Die Wildente
Schauspiel u. Komödie
Sonntag 15.30 Uhr:
In kleinen Freizeiten!
Spiel im Schloß
von Franz Malzer.

Revue der Pikanterie
Bismarck
Jugendliche verboten
Victoria-Theater
8 1/2 Uhr

Damenhüte
Ganz besonders preiswert - Große Auswahl
Gustav Thomas
Hutfabrik - Umpresserei
Ketzberg 24 Kätzelschiele 35

Jedem ein Fahrrad
R. Mühl & Sohn
Friedrichstraße 22, nahe Theater

Schauspielhaus
Opernhaus
Tel. Ring 6774
Täglich 20 Uhr:
Die letzten Willkürigen!
Der Frauenarzt
Schauspiel
von Hans J. Reisch.
Samstag 20 Uhr:
Zwölftausend
Schauspiel u. Komödie
Sonntag 15.30 Uhr:
In kleinen Freizeiten!
Sch' dem, der singt!

Ausstellung „Oderwirtschaft - Odersport“
Ausstellungsgebäude Scheitling
verlängert bis 25. März
Täglich geöffnet von 8-19 Uhr. Eintrittspreise 0.50 Mk.

2 billige Mehl- u. Lebensmitteltage
am Freitag, den 23. März, und
Sonnabend, den 24. März
Wir verkaufen an diesen Tagen:
1a Mehl
* Osterbäckerei *
besonders billig!

- Kaiser-Auszugmehl 1 Pfd. nur 24 P.
- Kaiser-Auszugmehl 1 Pfd. nur 25 P.
- Wiener Mandmehl 1 Pfd. nur 25 P.
- 1a Kais.-Auszugmehl 1 Pfd. nur 1.40
- 1a Mehl 1 Pfd. nur 60 P.
- 2a Mehl 1 Pfd. nur 20 P.
- 3a Mehl 1 Pfd. nur 50 P.
- Frische Margarine 1 Pfd. nur 55 P.
- Kartoffelmehl 1 Pfd. nur 30 P.
- Malz 1 Pfd. nur 21 P.
- Wald-Eisener 1 Pfd. nur 27 P.
- Grüne Linsen 1 Pfd. nur 27 P.
- Weißer Bohnen 1 Pfd. nur 20 P.
- Erbsen 1 Pfd. nur 48 P.

Mühlen-Niederlagen
S. Mühle-Industrie u. Handel G. m. b. H.
Lagerstraße 12
Friedrichstraße 12
Schillerstraße 12
Lagerstraße 12
Lagerstraße 12

Möbel-Speicher (Breslau Os.)
Es können folgende Möbel zum Barverkauf:
Büfets, Nußbaum, große An wahl 175.-
Speisezimmer, Eiche, 170 Mtr breit 380.-
Chaiselongue 25.- Umbausofa 75.-
Eisschrank 35.- Vertiko 35.-
2 Beststellen, Eiche, mit Pat und Auflage 165.-
Wäschsch. ank. 3teilig, dunkel poliert 95.-
Ausstattsch. 40.-, Minister Schreibtisch 50.-
Nur Brüderstraße 79 an der Flurstraße.

Die billige Nordsee
Böhmer Str. 2, Neue Schweidnitzer Str. 5a
Schmiedebrücke 19, Andersenstraße 2.
Kabeljau ohne Kopf 24
Seelachs Kopf 24
Goldbars nur 24
Weiß Koteletts 1 Pfd. nur 50
Schellfisch ohne Kopf; Scholle
Haben Sie schon unsere delikaten
Salzschotten
probiert?
Stück 7 9 15
10 Stück 65 85 1.40 Mk.
Ferner ein Posten
1000 Liter - Dosen
Hering l. Gelee 74
solange Vorrat Dose nur

Lehrings-Berufskleidung
Herrn-Panzer 4.50, 3.50, 2.75. Herren-Hosen 7.00, 4.50, 4.00
Schulmützen 4.00, 3.00, 2.50. Damen-Hosen 4.00, 3.00, 2.50
Faltenjacken . . . 6.75, 5.00. Mann-Hosen 1.50, 1.00, 0.50
Hals-Krawatte . . . 6.25, 4.25. Frauen-Hosen 2.50, 1.50, 1.00
Schulmützen . . . 8.75, 6.75, 4.75. Schwarze Leinwand 7.25, 5.75
Arbeitskleidung in blau, grün und weiß . . .

Interate

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 22. März 1928.

Erstattung von Lohnsteuer.

Wer bis jetzt keinen Antrag auf Erstattung der Lohnsteuer gestellt hat, muß die nächsten Tage unbedingt...

Ein Erstattungsantrag kann gestellt werden: 1. wegen Verdienstaussfall, z. B. infolge Erwerbslosigkeit...

Die Anträge müssen bei dem Finanzamt eingereicht werden, in dessen Bezirk der Antragsteller am 31. Dezember 1927 gewohnt hat...

Da für die rechtzeitige Beschaffung der Unterlagen nicht mehr genügend Zeit zur Verfügung steht, wird dringend geraten, zur Wahrung der Frist zunächst erst die Anträge einzureichen...

Die Einigung der Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei.

Genosse Hofbauer-Prag bei den Breslauer Jungsozialisten. Der Verbandskongress der deutschen und tschechischen Sozialdemokraten...

Um die Bedeutung dieses Kongresses voll würdigen zu können, ist es notwendig, die Nachkriegsentwicklung dieser jungen Nation näher zu betrachten.

gemeinschaft war die politische Folge. Die deutschen Arbeiter aber spürten in diesem Lande besonders stark den Klassengegensatz...

Hinzu kam noch, daß die tschechischen Genossen in großer Koalition lange Zeit mit in der Regierung saßen und die nationale Politik der Bourgeoisie mitmachten...

Die Tat des Kongresses hat ungemein aufweckend auf das Proletariat gewirkt. Dieser Sammlungsprozess in diesem Lande ist um so wichtiger, da es sich hier um einen Industrie- und Arbeiterstaat handelt.

Breslaus Fremdenverkehr.

Breslau wird immer mehr Tagungsstadt. Das ist bereits kürzlich vom Stadtkammerer Dr. Friedel bei den Hausärtsberatern in der Stadtdirektorenversammlung hervorgehoben worden.

Bei großen Tagungen, Messen usw., bei denen Privatquartiere in Anspruch genommen werden, dürfte die Annahmewahl auch nicht immer erfolgen, da es sich meist um einen Aufenthalt von 1 bis 2 Tagen handelt.

Warnung an Italienerreisende.

Wie den Berliner Blättern mitgeteilt wird, wird den Reisenden besonders Vorsicht empfohlen, gegenüber den italienischen Bestimmungen, welche das Tragen von Messern und die Benutzung photographischer Apparate in den Grenzgebieten betreffen.

Eine Studienreise der Bauingenieure

Die Fachabteilung für Bauingenieurwesen konnte als Abschluss des ersten Wintersemesters unter Führung ihrer Professoren Dr. Jäncke und Dr. Beger mit 20 Teilnehmern eine größere Studienreise nach Frankfurt a. M. und Berlin unternehmen.

In Berlin wurde das Verkehrs- und Bau-museum besichtigt. Es folgte ein Besuch des Berliner Westhafens. Besonders eingehend wurden die Verlade- und Löffelmaschinen sowie der große, mit neugezeitlichen Förder-einrichtungen versehene Getreidespeicher in Augenschein genommen.

Der 10. März begann mit der Besichtigung der Verstärkungsarbeiten der Stadtbahnbögen. Auch diese Arbeiten müßten bei vollem Stadtbahnbetrieb ausgeführt werden.

Aus der Tiefe ging es dann auf den Turm, auch ein Ingenieurbauwerk, dem das größte Interesse entgegen gebracht wird. Zweck des Aufstieges war besonders, den umfangreichen Umbau der Bahnanlagen bei Charlottenburg übersehen und studieren zu können.

Sodann wurde am Fickowkanal der elektrische Treibebahnbetrieb besichtigt. Der Besuch der Machnowerschleuse bildete den Abschluß des Tages.

So kann man sagen, daß die Studienreise bei allen Teilnehmern nachhaltige Eindrücke hinterlassen wird.

Stahlfestmessen.

Am Montag abend, zwischen 10 und 11 Uhr, begegnete ein Reichsbannermann, der durch sein Abgehen erkennbar war, einem Trupp von sieben Stahlfestmännern.

Eltern, Genossen, Erziehert!

Freitag, den 23. März, abends 6 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine General-Eltern-Versammlung der Arbeiterkinderfreunde statt.

Orchesterkonzert.

Kapellmeister Hermann Behr ist auch im neunten Volksmusikischen Symphoniekonzert des Orchestervereins seinem Prinzip, unbekannt oder in den Konzertprogrammen selten erscheinende Werke hervorzuheben, treu geblieben.

Theater und Musik.

Konzert des Kuban-Kofalen-Chors.

Die Kofalen-Chöre, die seit ein paar Jahren in der Reihe der Breslauer Konzerte regelmäßig wiederkehren, üben immer wieder die unmittelbare Wirkung aus, die die Volksmusik eines so ursprünglich musikalischen Volkes, wie es die Russen sind, ausstrahlt.

Die nächsten Wege zur Verwirklichung des Friedensgedankens.

Eine politisch bemerkenswerte Rede eines Pazifisten. Die in jüngster Zeit sehr regsame Breslauer Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft hatte am vergangenen Dienstag den Generalsekretär ihrer Friedensgesellschaft, den Genossen Gerhart Seger-Berlin, nach Breslau geladen, der hier über „Die nächsten Wege zur Verwirklichung des Friedensgedankens“ sprach.

Mit besonderer Aufmerksamkeit widmete sich der Redner in den letzten Jahren der Dispalistik, bereiste die Grenzgebiete, studierte in Dokumenten und Archiven in Berlin und Warschau; sein Urteil über die deutsch-polnische Frage ist darum nicht zu unterschätzen.

Die ober-schlesische Großindustrie gegen Oberschlesien.

Wie bekannt und hier wiederholt besprochen, ist einer der Streitpunkte zwischen Polen und Deutschland über den deutsch-polnischen Handelsvertrag, der, daß Polen die Gewährung eines größeren Einfuhrkontingents von Kohle durch Deutschland verlangt und daß Deutschland dieses Kontingent in der von Polen verlangten Höhe bisher nicht bewilligen wollte. Man wird sich noch der Aufregung erinnern, die vor ein paar Wochen in Oberschlesien entstand, als von Warschau aus falsche Gerüchte in die Welt gesetzt wurden, daß Deutschland, um das von Polen verlangte Schmelzeinfuhrkontingent nicht bewilligen zu müssen, bereit sei, Polen dafür ein um so größeres Kohlekontingent zu gewähren. Damals haben die deutsch-oberschlesischen Kohlenzechen bei den Reichsbehörden sofort lauten Protest gegen die Bewilligung eines größeren Kohlekontingents erhoben, ja sogar gegen die Bewilligung jedes solchen Kontingents Einspruch erhoben, obwohl sie wissen mußten, daß, wenn die Reichsregierung ihrem Verlangen nachgeben würde, den Polen überhaupt keine Kohleinfuhr nach Deutschland zu gestatten, der deutsch-polnische Handelsvertrag niemals zustande kommen wird. Auf der anderen Seite ist aber auch bekannt, und in keiner Weise bestritten, daß die verarbeitende Industrie sowohl Niederschlesiens als auch Deutsch-Oberschlesiens unbedingt den Handelsvertrag mit Polen möglichst bald haben muß, wenn diese Industrie nicht zugrunde gehen soll. Denn wegen der ungünstigen Verkehrslage zum übrigen Deutschland ist diese Industrie auf den Absatz ihrer Produkte nach Polen angewiesen und kann daher auf die Dauer nur existieren, wenn Polen die Gegenleistung gegen deutsche Zugeständnisse die Einfuhr von Fertigfabrikaten in größerem Maßstabe gestattet.

Man sollte deshalb erwarten, daß, wenn die deutsch-oberschlesischen Kohlenzechen aus egoistischem Profitinteresse schon alles tun, den Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages möglichst zu verhindern oder hinauszuschieben, sie dann als Entgelt dafür wenigstens, soweit das in ihrer Macht liegt, mit aller Kraft dazu beitragen, daß die ober- und niederschlesische Fertigungsindustrie Beschäftigung findet. Man sollte daher annehmen, daß die deutsch-oberschlesischen Kohlenzechen und überhaupt die ober-schlesische Schwerindustrie ihren Bedarf an Fertigfabrikaten bei der niederschlesischen und ober-schlesischen Fertigungsindustrie decken. Ein großer Teil der deutsch-oberschlesischen Kohlenzechen und Großindustrie denkt aber gar nicht daran. Im Gegenteil, er bestellt die Fertigfabrikate, die er benötigt, in großem Maßstabe bei Firmen außerhalb Schlesiens, obwohl es in Ober- und Niederschlesien Fabriken gibt, die diese Dinge ebenso gut herzustellen vermögen. Zu welchem großen Ausmaß die deutsch-oberschlesischen Kohlenzechen und die übrige Großindustrie die ober- und niederschlesische Fertigungsindustrie übergehen, dafür hat erst vor ein paar Tagen das Hindenburg "Tageblatt" eine Fülle von Belegen gebracht. Die Mitteilungen des Blattes gründen sich auf die Ergebnisse einer Umfrage, die der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund kürzlich an seine Vertrauensleute in den Betrieben in Deutsch-Oberschlesien gerichtet hat. Diese Umfrage hat ergeben, daß ein großer Teil der ober-schlesischen Kohlenzechen und anderen schwerindustriellen Werke die ober-schlesische Fertigungsindustrie in ganz anstandsloser Weise übergeht und dadurch die ober-schlesischen Wirtschaftsverhältnisse preisgibt. Dabei ist die Verantwortung der Umfrage bislang noch nicht einmal vollständig und trotzdem hat sich bereits ergeben, daß Aufträge, die insgesamt mehrere Millionen Mark betragen, an Firmen in anderen Gebieten des Deutschen Reiches vergeben sind, obwohl die Aufträge zum größten Teil auch von der ober-schlesischen Industrie hätten erledigt werden können. Dafür einige Beispiele:

Die Schaffgottsche Verwaltung hat in ihrem neuen Werk bei Deuthen eine Karbid-Fabrik errichtet. Wert: 2 Millionen Mark. Hersteller: Humboldt in Köln. Sie hat ferner auf der Hohenollergrube eine Stapelanlage gebaut. Wert: 300 000 Mark. Hersteller: die Firmen Bleichert-Leipzig, Pohlig-Köln und Trelenberg-Breslau. Das neue Schachtgerüst auf der Hohenollergrube hat die Firma Baum in Herne (Westf.) ausgeführt. Wert: fast 500 000 Mark. Die Verwaltung der Holzwerke legt auf Ludwigs-Glück-Grube und Hedwig-Wunsch-Grube die Wagenumläufe im Werte von 250 000 Mark ebenfalls durch Baum in Herne ausführen. Gleiches Erben haben den Auftrag für eine Erzmühlerei in Deutsch-Bleichmarz an die Firma Lauchhammer in Riesa in Sachsen, und die Transportanlage an die Firma Mackensen bei Magdeburg vergeben. Die Gaswerke einiger Städte Oberschlesiens beziehen ihre Gasöhler, Ventile und sonstigen Armaturen ebenfalls von außerhalb Oberschlesiens.

Insgesamt dürften das Aufträge von 6 Millionen Mark sein, die von der ober-schlesischen Schwerindustrie der ober-schlesischen Fertigungsindustrie einfach entzogen sind.

Das wäre alles nicht so schlimm, wenn nicht die Lage der ober-schlesischen Fertigungsindustrie immer schwieriger würde, und wenn nicht die Arbeitsmarktlage in Oberschlesien nicht so außerordentlich schlecht wäre. In Warschau z. B. ist eine leistungsfähige Feuerlösch-Fabrik, die schwer zu kämpfen hat und bei der in den letzten Jahren hunderte qualifizierter Arbeiter wochenlang ausliehen mußten, weil keine Aufträge da waren. Trotzdem bestellen die ober-schlesischen Kommunalverbände ihre Feuerlöschgeräte in Ullm.

Die Gründe für das Verhalten der ober-schlesischen Großindustrie mögen, lediglich unter dem Gesichtspunkt der Billigkeit des Einkaufs betrachtet, nicht unberechtigt sein, obwohl uns selbst das in einzelnen Fällen nicht gerade wahrscheinlich zu sein scheint. Denn selbst wenn die Fabriken in Ullm und in Köln nicht unerheblich billiger sind als die gleichen Fabriken in Oberschlesien, so müßte doch die Preisdifferenz ganz außerordentlich groß sein, weil auf die Produkte aus Köln und Ullm für ober-schlesische Abnehmer doch ganz erhebliche Frachtposten entfallen. Aber dem mag sein, wie ihm wolle. Wenn man sich von anderen Wirtschaftsprüfern verlangt, daß sie ihre wirtschaftspolitischen Maßnahmen nicht lediglich nach ihren engen egoistischen Profitinteressen treffen, sondern daß sie auch auf die Lebensmöglichkeit anderer Wirtschaftszweige im gleichen Gebiet Rücksicht nehmen, so muß man selbst die gleichen Rücksichten auf die anderen nehmen und darf die Frage des Einkaufs nicht lediglich danach beantworten, wo man diese nötigen Waren am billigsten bekommt, zumal wenn die anderen Industrien, von denen man jene Rücksicht verlangt, auch ihrerseits Not leiden. Wenn die ober-schlesische Großindustrie nicht bereit ist, diese Rücksichten zu nehmen, dann wird man auch auf ihre sehr lauten Reklame und Hilferufe in Zukunft keine Rücksicht mehr zu nehmen brauchen.

Der Frauenmord in Gräbzig. Ein Verdächtiger verhaftet.

Im Sommer vergangenen Jahres war in einem Felde bei Gräbzig, Kreis Schweidnitz, eine in einem Pappkarton zusammengepackte Frauenleiche gefunden worden. Nach den Spuren am Orte der Leiche zu urteilen, war die Frau erdrosselt worden. Trotz eifriger Bemühungen der Polizei gelang es nicht, den Mörder zu fassen. Jetzt hat man den Landarbeiter Kai in Borne bei Neumarkt verhaftet. Er soll mit der als Leiche aufgefundenen Landarbeiterin Sonjella ein Liebesverhältnis unterhalten haben. Befragend ist für ihn, daß er sich nicht gemeldet hat, als die Polizei den Leichensfund mitteilte und Zeugen suchte, die über die gefundenen Frauenleiche hätten Auskunft geben können. Wenn Kai nicht der Täter wäre, hätte er sicher das Verschwinden seiner Geliebten angezeigt. Er tat dies nicht und ist jetzt des Mordes verdächtig. Nach den Feststellungen der Polizei ist der Mord im Bett verübt worden und die Leiche, die war mit einem Hemd bekleidet war, dann in den Pappkarton gepackt worden. Erst während der Grabearbeiten wurde der Karton in einem Getreideselbe von Schmittern gefunden.

Ruhe auf dem Kriegsschauplatz.

Ruhiger Verlauf der gestrigen Versteigerungen. — Im Kreise wird beruhigt, Draußen weiter geht. — Deutsche Tageszeitung und Arbeiterzeitung Arm in Arm gegen die Sozialdemokratie. — Das Märchen von den steigenden Arbeitslosen. — Was sich bei der Nachprüfung wirklich ergibt.

Nach den letzten eingegangenen Nachrichten sind die Versteigerungen vom Mittwoch in Langenöls in aller Ruhe vor sich gegangen. Zwar waren große Aktionen vorbereitet, es wurden gegen 3000 Bauern aus dem Kreise Nimpfisch, Strehlen und Reichenbach in Langenöls erwartet, die jedoch auf Betreiben des Landbundes vorgezogen haben, sämtlich daheim zu bleiben. Nicht ohne Einfluß ist dabei die durch die Verhandlungen des Regierungspräsidenten mit den Landbundesführern vom Landbund erzielte Erklärung geblieben, in der er seine Mitglieder auf das Strafbare ihrer Handlungen, soweit sie sich gegen die Behörden richten, hinwies.

Im übrigen waren die Vertreter der Regierung und der sonst zuständigen Behörden den ganzen Tag damit beschäftigt, die Beschwerden der zur Zwangsversteigerung herangezogenen Landwirte nachzuprüfen. Dabei stellte sich heraus, daß bei fast sämtlichen Landwirten die nötigen Unterlagen für eine zu begründende Steuerermäßigung nicht vorhanden waren und erst mühsam zusammengesucht werden mußten. So hatte ein Bauerngutsbesitzer, dessen Besitz tausend Morgen groß ist, überhaupt keine Bücher geführt, behauptete aber, keine Steuern zahlen zu können. In den zwölf Fällen, wo Zwangsversteigerung vorgesehen war, ist in einigen Fällen Steuernachschuß, in anderen Stundung gegen Teilzahlung gewährt worden. Bei dieser Regelung hat die Verberlegung mitgespielt, daß ein Teil der Landwirte tatsächlich überlastet ist und mit einem Defizit abgeschlossen hat. Die Ernte von 1926 war bekanntlich eine Missernte, der Landwirt ging mit Schulden in das Jahre 1927 hinein, die er bis jetzt nicht hat tilgen können. Um so notwendiger wäre in solchen Fällen eine geordnete Buchführung gewesen, mit der man sich der Steuerbehörde gegenüber hätte ausweisen können, und es muß sehr merkwürdig berühren, daß der Landbund, der bekanntlich über eine ganze Reihe Sachverständiger verfügt, hierin seinen Mitgliedern überhaupt nicht mit Rat und Hilfe zur Seite gestanden hat. Er wies sie in ihrer Not stets nur auf den Ausweg des Steuerstreiks hin. Es scheint jetzt beinahe so, als ob der Landbund vor den Konsequenzen seiner Handlungsweise zurückschreckt. Nach den eigenen Angaben des Kreis-Landbundes-Vorstandes von März waren die 1500 Mann „Kulturmänner bei den Sonnabendversteigerungen nur da, um — das Steuerungsverbot, das der Landbund herausgegeben hat, zu „kontrollieren“. Diese Kontrollen haben sich dann, als der angeblich „Erwerbslose“ auf ein Schwein hat und durch die Anwesenheit der Schupo (20 Mann gegen 1500 Bauern) so provoziert gefühlt, daß es dann zu den Unruhen gekommen ist. Wir bezweifeln es auch gar nicht, daß nach der systematischen Seite der Landbundespresse und der Landbundesredner ins- und außerhalb Schlesiens bei den Bauern ein Erregungszustand hervorgerufen wird, der schon bei dem Anblick von 20 Wolfshirten zur Explosion kommt.

Aber Führer, die auf diese Bezeichnung nicht nur wegen der Kraft ihrer Zungen Anspruch machen, haben in allen Schichten des Volkes die moralische Pflicht, solche Vorbedingungen nicht zu schaffen. Wenn monatelang der Steuerstreik, der Marsch auf die Großstadt und der Kontakt gegenüber allen den Landbundesparten nicht folgenden Landwirten gepredigt wird, dann kommt es eben zu solchen Zwischenfällen, die nur durch die Besonnenheit der, von der deutschnationalen und kommunistischen Presse gleichmäßig verunglimpften, Schupo zu ihrem Einhalt wurde. Wir möchten dabei nur den Wunsch aussprechen, daß alle Regierungsstellen mit der gleichen Umlicht und Nachsicht herzugehen, wenn die Not erwerbsloser Arbeiter, die Not, die an das letzte der allerprimärsten Lebensbedürfnisse geht, einmal aus der Bahn behördlich konzeptionierter Reglements heraustritt.

Die Sache gegen den verhafteten sozialdemokratischen Landrat geht natürlich munter fort. Das Wolffbüros macht ihn dabei zum Reichstagsabgeordneten, die „Schlesische Zeitung“ berichtet selbstverständlich über „erregte Stimmungen“ gegen Seibold sowie gegen den sozialdemokratischen Gemeindevorsteher von Langenöls und die kommunistische Presse leitet der Reaktion dabei munter und fromm die gewohnten Handlangerdienste. Man vergleiche nur die nachfolgenden Stellen:

Lawinenunglück am Kleinen Teich.

Am Dienstag nachmittag ereignete sich am Kleinen Teich ein Lawinenunglück, das leider ein Menschenleben forderte. Zwei Touristen, die sich auf einer Skitour von der Prinz-Heinrich-Baude zur Hampelbaude befanden, sind als der achtzehnjährige Bauschüler Günter aus Erdmannsdorf und sein Onkel gleichen Namen, der etwa 35 Jahre alt ist, festgestelt worden. Am Kleinen Teich gerieten sie am Südwestabhange auf eine überhängende Schneewand, die sich durch die Schärpe der sie passierenden Männer löste und die beiden mit sich in die Tiefe riß. Der Bauschüler Günter wurde von den Schneemassen vollständig verschüttet, während sein Onkel zum Kleinen Teich hinabglitt und merkwürdigerweise unverletzt blieb. An den sofort eingeleiteten Rettungsarbeiten beteiligte sich auch eine Kolonne Reichswehrjoldaten in Stärke von 30 Mann, außerdem die Rettungskolonnen von Krummhübel und Brückenberg. Trotz fieberhafter Arbeit bei schneidender Kälte war es nicht möglich, den verunglückten Bauschüler zu bergen. Es besteht auch weiter die Gefahr der Lawinenstürze, so daß die Rettungsarbeiten vorläufig eingestellt werden müssen. Der Vater des Verunglückten wurde sofort telefonisch benachrichtigt und eilte nach Unglücksstätte. Er wird leider seinen Sohn nur noch als Leiche zu Gesicht bekommen.

Das Wolffbüros Telegraphenbüro meldet weiter, daß Mittwoch vormittag zwei neue große Lawinen niedergegangen sind und eine dritte Lawine abzustürzen droht, was die Rettungsmannschaften zur vorübergehenden Einstellung ihrer Rettungsarbeiten zwang. Der Sturm im Gebirge, der die Rettungsarbeiten so außerordentlich erschwerte, wuchs bis zur Windstärke 10 an.

Auf falscher Spur?

An der Markhöhe an der Stelmacherstrasse Schanze bei aus Wenig-Walditz scheinen sich die Verdachtsmomente gegen die des Mordes beschuldigte Wirtschaftlerin Löwe doch als zu schwach erwiesen zu haben, um Frau Löwe weiter in Haft zu behalten. Sie ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die Kriminalpolizei hält aber an der Erregung fest, daß für die Tat nur jemand in Betracht kommt, der auf das Genus mit den Ortsverhältnissen im Hause der Frau Sch. bekannt ist.

Zwei Kottenarbeiter überfahren.

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion teilt mit: Am 21. März wurden kurz vor Rezdorf, Kreis Bolkowitz, durch Güterzug 9400 zwei Kottenarbeiter überfahren und getötet. Es wird vermutet, daß sie das Warnungssignal des Kottenbahns übersehen haben.

aus der „Deutschen Tageszeitung“
weils um Hab und Gut gebracht werden soll. Gleichzeitig aber muß verlangt werden, daß der Landrat, der durch sein brutales Vorgehen die Bauern bis aufs Blut gereizt hat, zur Rechenschaft gezogen wird. Dessen Verantwortung aber dann über die, die die Zeichen der Zeit erkannt oder mißachtet haben.

aus der „Schles. Arbeiter-Zeitung“
Herr Seibold selber fuhr nach Berlin und ließ die von ihm beorderte Polizei schicken (bekanntlich hat sie gar nicht geschossen, Red. d. „Volkswacht“). Hät wahr, eine seine Methode, sich mit wirtschaftlichen Forderungen auseinanderzusetzen! In den Jahren 1918/19 hat die Sozialdemokratie ihren Verrat der proletarischen Sache dadurch abgerundet, daß sie auch die Massen der Landbevölkerung der Revolution überließ, anstatt sie durch Agrarreform und Erledigung für die Arbeiterklasse zu gewinnen. Heute lassen Mitglieder derselben Sozialdemokratie hungernde Kleinbauern heissen: von Nichtshofen, Rittergutsbesitzer Schimpff usw. Red. d. „Volkswacht“) mit dem Gummi knüppel traktieren.

und sage, ob einem ehrlichen Klassenbewußten Arbeiter nicht die Schamröte ins Gesicht steigen muß, wenn ein sogenanntes „Arbeiterblatt“ sich in einer dieser nicht zu übertreffenden geistigen Gemeinschaft mit der Reaktion befindet. Die kommunistischen Plötenlöcher über Kleinbauernpolitik und sonstigen dreckigen Nebenbemerkungen über Seibold wollen wir dabei übergehen. Unser Blatt ist zu schade dafür. Interessant aber ist es, aus der Schlesischen Provinz-Korrespondenz, die nicht wie eine deutschnationalen Korrespondenz gestern orakelt, von Volkswacht-Redakteuren zu Gunsten der sozialdemokratischen Parteikasse rebigiert wird, zu erfahren, auf welche materiellen Voraussetzungen der Haß gegen Seibold und Hansel, den sozialdemokratischen Gemeindevorsteher von Langenöls, zurückgeht. So wie in Wien die empörten Hausbesitzer und hochbesteuerten Finanzbarone über „Steuerabschismus“ der Sozialdemokratie heulen, so jammern sich in dem Dorfe Langenöls die Bauern, nicht die Kleinbauern etwa, gegen die Unterbringung von 30 obdachlosen Familien. Die Schlesische Provinz-Korrespondenz berichtet darüber:

Andererseits muß es nachdenklich stimmen, wenn man hört, daß der Landrat des Kreises Nimpfisch, Seibold, und der Gemeindevorsteher Hansel, beides Sozialdemokraten, sich jetzt längerer Zeit in einem stillen, heftigen Kampf mit den Landwirten befinden, sobald es gilt, irgendeine Neuerung, irgendeine Verbesserung im Kreise oder der Gemeinde durchzuführen. So konnte eine Parade in Langenöls, die zur Aufnahme und Beschäftigung von Landarbeiterkindern für die Zeit diente, wo sie sich durch die Arbeit der Eltern selbst überlassen gewesen waren, nur mit den allergrößten Schwierigkeiten erbaut werden, da die Landwirte den ihnen zukommenden Teil der Lasten nicht tragen wollten. Der gleiche Vorgang spielte sich beim Beschluß der Gemeinde Langenöls ab, ein 20-Familienhaus zu bauen. Langenöls, eine Gemeinde, in der 200 Bauern 100—1000 Morgen Land ihr eigen nennen, fehlen Wohnungen für 30 Familien. Trotz dieser Tatsache mußte auf Betreiben der Bauern der Baubeschluß revidiert werden und man einigte sich auf ein Fünffamilienhaus, und selbst gegen diesen Bau als einer zu großen Ausgabe beschwerten sich am Mittwoch die Landwirte beim Regierungspräsidenten.

Kattowitz. Einspruch gegen die Sejmwahlen in Osterschlesien. Am Montag hat die deutsche Wahlgemeinschaft bei dem Vorsitzenden der Kreiswahlkommission der drei schlesischen Wahlkreise Königsbrunn, Kattowitz und Teschen den bereits angedeuteten Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahlen zum Sejm erhoben. Gleichzeitig wurde dem Vorsitzenden der Kreiswahlkommission für die Sejmwahlen in Kattowitz der Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahlen zum Senat überreicht.

Landkreis Breslau/Neumarkt.

Mariahöfen. Eisenbahnfall. Dienstag wurde zwischen Mariahöfen und Neutrich ein leerer Motorlokomotiv der Siebelungs-W-G. Breslau durch den Güterzug 5134 angefahren und stark beschädigt. Der Motorlokomotiv hatte nach der Darstellung der Reichsbahndirektion die geschlossene Wegegrenze durchbrochen und war in den Zug hineingefahren. Der Chauffeur Otto Klauke aus Breslau wurde leicht verletzt.

Schönitz. Herr Landrat a. D. flaggt in kaiserlichen Farben. Zwei Bauarbeiter bemerkten, als sie am Dienstag durch Schönitz kamen, daß auf dem Schloß des ehemaligen Landrats Dr. von Wischhausen eine schone schwarz-weiß-rote Fahne aufgezogen war. Der Anlaß zu dieser festlichen Ausfertigung ist nicht festzustellen; vermutlich wollte der von der Republik pensionierte Landrat den allgeräuschten König Aman-Ullah ehren.

SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt. Berammlungskalender.

(Hier finden lediglich Mitteilungen Aufnahme, die der Redaktion über den Geschäftsverlauf des Unterbezirks Breslau-Land-Neumarkt zugehen.)

Kriegsanowitz. Heute, Donnerstag, den 22. März: Offentliche Berammlung. Redner: Genosse Schiffer.

Der Frühling ist da! Nun gibt es wieder die beliebten Khasbarspessen mit **MAIZENA** Verlangen Sie umgehend unser Kochbüchlein! Deutsche Maizena-Gesellschaft m. b. H. HAMBURG 13

Familien-Anzeigen

Am 20. März verstarb plötzlich und unerwartet unser lieber Kollege
der **Tischler**
Gustav Klar
im besten Alter von 37 Jahren.
Sein Andenken wird stets in Ehren halten
Die Belegschaft der Firma G. Pfeiffer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Am 20. März 1928 verstarb unser Freund und Verbandskollege, der **Tischler**
Gustav Klar
im Alter von 37 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Freitag, den 23. März, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Kommunal-Friedhofes in Cosel aus. 2452

Am Dienstag, den 20. März, verstarb unser lieber Kollege, der **Bleckschreiber**
Josef Ließ
nach 42-jähriger Tätigkeit im Werk, im Alter von 65 Jahren 6 Monaten. 5022
Sein kollegialer Sinn und seine Rechtschaffenheit sichern ihm ein bleibendes Andenken bei den
Freiorganisierten Kollegen der Linke-Hofmann Werke Abt. Kl.
Beerdigung: Sonnabend, 24. März, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Paulus Friedhofes in Cosel.

Verband der Deutschen Buchdrucker
Am 19. März verstarb nach kurzem Krankenlager unser lieber Kollege, der **Setzer-Invalide**
Paul Thoraus
aus Breslau, im Alter von 73 Jahren.
Sein aufrichtiger Charakter und echt kollegialer Sinn sichern ihm ein dankbares Gedenken.
Ortsverein Breslau.
Beerdigung: Freitag, 23. März, nachm. 3 Uhr, auf dem Friedhof in Gräbchen, von der Griechischen Kapelle aus. 2251

Am Sonnabend, den 17. März, 22½ Uhr, verstarb nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der
Maschinenarbeiter
Max Kröhn
im Alter von 48 Jahren.
Dies zeigt schmerzhaft im Namen der trauernden Hinterbliebenen an
Breslau, Gebürtl. den 22. März 1928. 2228
Karl Eule, als Schwager
Auguste Marie als
Theodor Kröhn Ida als
Fritz Kröhn Gertrud als
Schwägerinnen
Beerdigung: Freitag, den 23. März, 13 Uhr, im Krematorium in Gräbchen. Friede seiner Asche!

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Am Sonnabend, den 17. März, um 10½ Uhr nachts, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der
Maschinenarbeiter
Max Kröhn
im Alter von 48 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Freitag, den 23. März, mittags 1 Uhr, im Krematorium in Gräbchen. 2228

Am Dienstag, den 20. März, verstarb ein Ehrenmitglied
Frau Maria Schniebel
im Alter von 57 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihr
Die Mitglieder der Schärpenklasse des Gewerks Ostrogoy.
Beerdigung: Freitag, 23. März, nachm. 2.15 Uhr, auf dem alten Maximilian-Friedhof. 2222

Uhren u. Goldwaren
Spezialität
Fachlose Trauringe
Paul Alter
Innere Schmelze
Königsplatz 11
Königshaus

Am 20. März verschied nach längerem Leiden, jedoch unerwartet, mein innig geliebter Mann und guter Papa, unser lieber Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Schwiegersohn, der
Tischler
Gustav Klar
im besten Mannesalter von 37 Jahren.
Dies zeigt schmerzhaft an
Breslau, den 21. März 1928
Andersstraße 20
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Elisabeth Klar, geb. Wolff
nebst Sohn **Georg.**

Die Beerdigung findet Freitag, den 23. März, nachm. 3 Uhr, von der Kapelle des Kommunal-Friedhofes in Cosel aus statt.

Elisabeth Gatten- u. Vaterherz hat aufgehört zu schlagen
Am Dienstag, den 20. März, verschied plötzlich sanft und unerwartet mein innig geliebter, herzenguter Gatte, unser stets treusorgender Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel
Josef Ließ
im ehrenvollen Alter von 65½ Jahren.
Wer den Verstorbenen kannte, weiß was wir an ihm verloren haben.
Breslau, den 20. März 1928 5029
Westendstraße 70
In tiefem Schmerz
Auguste Ließ, geb. Schulz, als Gattin
nebst Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 24. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des evangel. Friedhofes St. Paulus in Cosel aus statt.

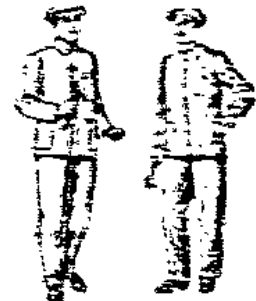
Nur das Gute bricht sich Bahn!
Beratshaltung in nur 10 Minuten!

Oskar Dehmel, Breslau 1, Neumarkt 11.

Teppiche Läufer, Divan- u. Steppdecken
ohne Anzahlung in 10 Monatsraten
Agay & Glück, Frankfurt a. M. 1. 113
Inhaber: Augustin Agay, Berlin.

Garderobenschrank,
3 Uhr, neubau poliert, 199
mit in St. Pauli, in der
Fährstraße 11, Straße 18,
(Eingang durch Hausflur)
Spotthilfen
Osternangebot!
In neuen und gebrauchten
Herrensachen
Gen. Anzüge von 8,- an
Gen. Jacken von 4,- an
Gen. Westen 1.50-2.00
Gen. Paletots von 6,- an
Frische, Gebrauchte, Gebrauchte
u. Smoking-Anzüge billig
Weißbunger Str. 3.

Die besten Marken
Fahrräder
Spezialräder von 60,- an
Zubehörteile billig
Teilmontage 10 Mk. Anm. an
nur bei
Larisch
Neue Maltheustra. 3.
Gelegenheit!
Schöne neue Fahrräder, sehr gut erhalten, darunter auch
Schwarz, Silber, (mit neuen
Schläuchen) von 100,- bis
150,- an.
Prof. Dr. H. & Co.
Maltheustra. 3.



Effi Räumlinge Montan - Anzüge
in unserer bekanntesten Qualitäten zu billigsten Preisen
Für jede Figur passend am Lager
M. Danziger Wwe. nur Hüfchen-Ecke
Sadowastraße

Wurstschneider

Beachten Sie die ermäßigten Preise!

Beste Landwurst	Fl. 0.30	Preßwurst	Fl. 0.80
Fr. Schwagerwurst	Fl. 0.70	Fr. Schwarzen	Fl. 0.20
Bestes Langemitt	Fl. 0.60		
Gen. Schanzen	Fl. 0.60	Talg, mit Speck	Fl. 0.60
Gen. Hannoverische	Fl. 1.20	Schweinebauch	Fl. 0.80
Speckpreßwurst	Fl. 1.20	Dicker Rauchspeck	Fl. 1.20
Bertiner Mettwurst	Fl. 1.40	Rauchschinken	Fl. 1.20
Jagdwurst	Fl. 1.40	Kahlschinken	Fl. 1.40
		Wiener Würstchen	Fl. 0.15

Mein Name bürgt für Qualität

Wer seine Kinder liebt, gibt ihnen



Quieta
Gesund, rein, Billig und fein!
mit Bohnen Kaffee

Das Günstige
Es besteht aus Weizen, Roggen und Sommergerste. Diese Sorten sind die besten für die Herstellung von Brot. Sie sind leicht zu verarbeiten und liefern ein sehr gutes Brot. In jeder Apotheke, Drogerie, u. Weinhandlung zu haben.

Die verdienen täglich
10 Mk. an Sparsparnissen. Nur persönlich kommen.

Reife
in Seide, Mittel, Weinwand, Hermelin, Vorkhaar, Garn, Knöpfe, Perlen, Edel, alles sehr billig, prima Ware • Detail und Export

Bertold Lippert
Heinrichstraße 16 4993
Gillies Oberstraße 17
u. Wehnerstraße 43

Druckerei Bollswacht
fertigt moderne Druckarbeiten
Weseler 2, Strohstraße 4/6

Wohnungen

Leerzimmer

Leerzimmer

Leerzimmer

Leerzimmer

Leerzimmer

Leerzimmer

Leerzimmer

Leerzimmer

Leerzimmer

Leerzimmer

Leerzimmer

Leerzimmer

Leerzimmer

Kein Laden 3. Etage

Infolge Eigenfabrikation sind wir so billig

Zur Einsegnung
Mäntel
von **8.75** Mk. an
Größte Auswahl in Frühjahrs-Mänteln und Kostümen
Spezialität: Frauengrößen für starke Figuren



Wohl & Alexander
DAMEN- u. MÄDCHEN-MÄNTEL FABRIK
Am Rathaus 25 III
HENEL FUCHS HAUS
EINGANG: TOPFKRAM

Schuhe
für Herren, Damen, Kinder in allen Ausführungen. Sie finden
ohne
Zweifel das richtige in meinem Spezialgeschäft Viel
Geld
brauchen Sie nicht, da bequem Teilzahlung.
Kurt Altmann
Ohlauer Straße 43.

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Kleine Anzeigen
sind kompakt, gezielte einseitige Anzeigen von Verkauften Kaufgeboten u. a. nur von Privat. Nur 3 Pfennige, teils 4 Pfennige
ein Herrenrad verkauft
Hannig, Augustastr. 11, Gg. III.

Arbeitsmarkt

Hosen!
Perfekte Maßanfertigung für gute Hosen stellt ein
Koppl. Straße 85, Keller.

Näherinnen
auf Anträgen und Leibchenhöfen mit Futter sucht
Nathan Steinitz, Riolastraße 65, 68.

Zeitungsträgerinnen
für Odertor gesucht
Wahlungen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung,
Flurstraße 4.6.

Lehrling
für Anwaltsbüro sofort gesucht.
Justizrat Mendelsohn
und **Dr. Franz Mendelsohn**
Kaiser-Wilhelm-Straße 106.

Einsturzkatastrophe in der Lausitz.

Eis Arbeiter getötet.

Die Kette der Grubenfälle reißt nicht ab. Ein neues, fürchtbares Unglück hat sich am Mittwoch vormittag gegen 9,30 Uhr, auf der Grube Friedländer in Costebrau bei Lauchhammer ereignet. Es forderte bisher 11 Todesopfer. Eine im Bau befindliche Abraum-Förderbrücke geriet infolge des orkanartigen Sturmes ins Wanken, stürzte zusammen und begrub 28 Arbeiter, die auf ihr beschäftigt waren, unter den Trümmern. Bis zum Nachmittag waren neun Tote geborgen. Die Leiche eines tödlich verunglückten Arbeiters befindet sich noch unter den Trümmern. Eine große Anzahl von Schwerverletzten wurde in den Krankenhäusern der Umgegend untergebracht; einer von ihnen ist gleich nach seiner Entlieferung verstorben. Andere haben so schwere Verwundungen davongetragen, daß für ihre Rettung wenig Hoffnung besteht. Die Katastrophe ist eine der schwersten, die in den letzten Jahren das Lausitzer Industriegebiet betroffen hat.

Die Unglücksgrube gehört zum Konzern der Braunkohlen- und Brikett-Industrie A.-G. „Subiag“, deren Direktion sich in Berlin in der Potsdamer Straße befindet. Die Katastrophe erklärt sich daraus, daß der seit Dienstag herrschende orkanartige Sturm das Montagegerüst ins Wanken brachte. Ein Nichtmeister sah das Unglück kommen und rief den Leuten im letzten Augenblick zu, die gefährdete Arbeitsstelle zu verlassen. Die Warnung erfolgte zu spät. Das Gerüst brach zusammen und mit ihm die bereits ausgelegten Teile der Eisenkonstruktion. Die Arbeiter wurden mit in die Tiefe gerissen. Es handelt sich durchweg um Leute im Alter von 20 bis 30 Jahren. Zwei von den Toten sind erst 19 Jahre alt. Nur zwei der Toten sind verheiratet. Die Bergung der Opfer gestaltete sich außerordentlich schwierig, da der tobende Sturm dauernd große Sandmassen über die Unglücksstelle wehte. Die zusammengebrochene Brücke sollte die größte werden, die in Deutschland jemals gebaut wurde. Ihre Höhe sollte 35 Meter, ihre Länge 200 Meter betragen. Die Kosten des Baues waren mit 10 Millionen Mark veranschlagt worden. Die Bauten wurden vor etwa vier Monaten in Angriff genommen. Erst am Dienstag war das Montagegerüst neu verankert und verankert worden und doch boten diese Sicherheitsmaßnahmen keinen genügenden Schutz vor dem heranbrausenden Sturm.

Die Unfallstelle bildet ein schauriges Chaos durcheinandergewürfelter Eisen- und Holzteile. Der rasende Sturm trieb das schwere eiserne Gerüst, als wäre es aus Zündhölzchen gebildet gewesen. Einen Augenblick herrschte Totenstille. Dann hörte man aus den Trümmern markerstatternde Schreie; von allen Seiten eilten die Werkangehörigen herbei, um den unglücklichen Arbeitern, die in dem Wirrwarr der Holz- und Eisenteile begraben waren, zu helfen. Die Nachricht von dem fürchtbaren Unglück verbreitete sich in der Umgegend außerordentlich schnell. An der Unglücksstätte spielten sich herzzerreißende Szenen unter den Angehörigen der Opfer ab. Die Kriminalpolizei und die Bergbehörden haben eine eingehende Untersuchung eingeleitet, die durch die Ermittelt werden soll, ob der Bau des Montagegerüsts fehlerhaft war oder ob die Katastrophe auf eine Unterlassung bei der Sicherung des Baues zurückzuführen ist.

Eine deutschnationale Berlegerin.

Das Tirpignationale Tageblatt im bayrischen Allgäu hat einen Berleger, der zusammen mit seiner Zeitung von der Frau Berlegerin kommandiert wird. Sie ist eine strenge, mitleidslose Herrin, bei der alles Order parieren muß. Wer sich ihren Anordnungen nicht willig fügt, der fliegt — das ist ihr Grundgesetz, und so kam es, daß in den letzten drei Jahren nicht weniger als dreizehn Redakteure und eine Reihe anderer Angestellter ihren Dienst bei der Frau Elfe quittieren mußten. Dieses Regiment wurde nach und nach zum Stadtsprach der Allgäuer Butter- und Käsezentrale Kompten, es fand unjenseitige Führung, als auf der bürgerlichen Vergangenheit der Tyrannin einige recht dunkle Flecken sichtbar geworden waren.

Nun fand eines schönen Tages einer der Redakteure einen wertvollen Brillantenanhänger, und wie sich gehörte, erfuhr die Frau Elfe davon und besorgte selbst die Ablieferung des Schmiedes bei der Polizei — sollte man meinen. Doch nein! Sie fuhr mit ihrem Opelwagen nicht zur Polizei, sondern zu einem Juwelier nach Augsburg, ließ die Brillanten herausbrechen und durch wertlose Steine ersetzen. So umgeformt, schickte sie den Fundgegenstand „mit Gruß und Kuß“ an die ihr bekannte Verleiterin. Diese aber merkte gar bald die Täuschung und schlug Alarm. Jetzt zog es die Frau Elfe vor, der ungemütlichen Freundin folgenden Schwindel vorzumachen: einer ihrer Redakteure, der eine verschwenderische Frau habe, habe aus dem gefundenen Anhänger die Brillanten herausgehoben und verkauft; durch Zufall habe sie davon erfahren, und mit Rücksicht auf die Zeitung und die Drohung des Redakteurs, sich zu erschießen, wenn die Sache bekannt würde, umgehe doch alles vertuscht werden; für Rückgabe der echten Steine werde sie sorgen. So geschah es auch.

Die Polizei und die Öffentlichkeit hatten aber die Finger schon zu tief in der Geschichte, so daß Frau Elfe es vorzog, dem bösen Stadtschlichter durch eine eilige Erholungsreise nach Schweden zu entfliehen. Aber o Jammer, der Paß stimmte nicht, also kehrte sie ruhig in die Heimat zurück. Trotz aller Verheißungen nach oben und zur besten Gesellschaft drummte ihr der Strafrichter drei Monate Gefängnis auf, zeigte aber schon im Urteil den Weg zur Freisprechung in der zweiten Instanz. Vier Wochen lang wurde nun die gnädige Frau vom Oberarzt der Allgäuer Heilanstalt untersucht, leider ohne Erfolg, denn der gewissenhafte Mediziner konnte keine strafbefreienden psychischen Defekte, sondern nur raffiniertes Komödiantentum feststellen. Aber nun arbeiteten die Beziehungen zu Kunst und Wissenschaft! Ein Universitätsprofessor und Psychiater war bald gefunden, der das erste Gutachten als eine glatte Psychiatrie erklärte und die arme Frau Elfe als ein großes hilfloses Kind“ taxierte. Damit war die Grundlage für die Freispruchverhandlung am Landgericht Kompten geschaffen, Folge: ein glänzender Freispruch!

Welch üblen Eindruck aber diese ländliche Justizkommission hervorrief, zeigte ein Auspruch, den nach der Urteilsverkündung ein angesehener Komptener Bürger im Zuhörerzimmer machte: Die deutsche Rechtsprechung bürge doch endlich etwas für und paragraphenmäßig festlegen, was welcher Vermögensgrenze an in Deutschland alle Verhältnisse ziffern hat.

Das Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahlen.



In Hamburg haben Sozialdemokraten, Demokraten und Deutsche Volkspartei, die eine gemeinsame Koalition bildeten, beschlossen, daß 1928 und 1929 der bisherige Erste Bürgermeister Dr. Peterlen (Demokrat) in seiner Stellung verbleiben und der bisherige Präsident der Bürgerschaft, der Sozialdemokrat Koj (im Bilde) Zweiter Bürgermeister sein sollen. 1930 sollen dann beide Herren im Amt wechseln.

Großfeuer im Kabelwerk Oberspree.

Am Mittwochabend, kurz vor 10 Uhr, brach in dem Kabelwerk Oberspree in Oberschöneweide wahrscheinlich durch Selbstentzündung der Holzbohle ein Feuer aus, das schnell um sich griff und bald gegenwärtigen Umfang annahm. Ehe die Fabrikwehr zur Stelle war, hatten die Flammen bereits auf die nebenstehenden hölzernen Gebäude übergegriffen und bedrohten ein Lager von Velfässern, das sich auf dem Fabrihof des Kabelwerkes befindet. Der Fabrikfeuerwehr gelang es nicht, diese Velfässer vor den Flammen zu retten. Sie standen schon nach wenigen Minuten in hellen Flammen, so daß es für das Feuer kein Halten mehr gab. Es ergriff sämtliche im Umkreis stehenden Holzbaracken und den gesamten großen Kuchhölzer-Siempelplatz, so daß bald inmitten des großen Kabelwerkes ein riesiges Feuermeer wogte, dessen Schein weithin leuchtete. Als die Flammen ihren Höhepunkt erreicht hatten, griffen sie auch auf eine große Masurenhaile über, die in wenigen Minuten bis auf die Grundmauern niederbrannte, obgleich sie aus Steinen erbaut war. Die Feuerwehr arbeitete mit insgesamt 22 Rohren schwerster Kalibers gegen die Wucht des Feuers. Trotzdem wurden das Velfässer- und Holzbaracken in Ausdehnung von 4000 Quadratmeter sowie die Maschinenhalle vollkommen vernichtet.

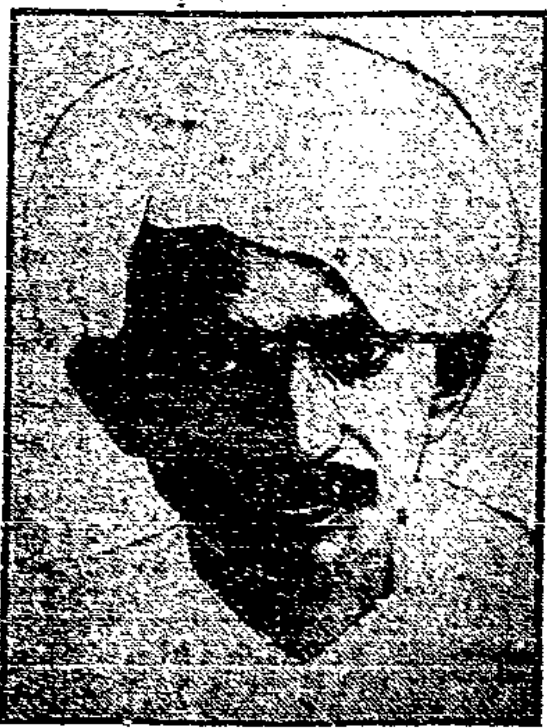
Tragödie der Wohnungsnot.

Aus Furcht vor der Wohnungsraumdung haben sich in der Nacht zum Mittwoch in Berlin die 37jährige Ehefrau Hella Nitsche und ihre aus erster Ehe stammende 18jährige Tochter Erna in ihrer Wohnung Prinz-Eugen-Straße 24 mit Gas vergiftet. Frau Nitsche bewohnte mit ihrem Ehemann, dem Händler Arthur Nitsche eine Kuchstube, die den Eheleuten von dem Hausbesitzer im Januar d. Js. abvermietet wurde. Der Hauswirt hatte dabei das Wohnungsamt übergegangen, das nun die Räumung der Kuchstube anordnete. Dem Ehepaar Nitsche war auf seine Bitte eine Frist von acht Tagen für die Räumung bewilligt, die zuletzt noch um zwei weitere Tage verlängert wurde. Am Dienstagabend, als der Ehemann Nitsche seinen Geschäften als Straßenhändler nachging, saßen Mutter und Tochter den Entschluß, aus dem Leben zu scheiden. Sie schrieben Abschiedsbriefe, öffneten den Gashahn und legten sich aufs Bett. Nitsche kam um 12 1/2 Uhr nach Hause. Weil er keinen Einlaß fand, schlug er eine Türscheibe ein. Die herbeigerufene Feuerwehr konnte aber nur noch den Tod von Mutter und Tochter feststellen.

Eine blutige Tragödie

spielte sich am Mittwoch früh in Mühlod im Kreis Züllichau ab. Dort traf der Gutsarbeiter Drzomcalla den Gutsarbeiter Franzen, der in einem Projek gegen D. Kronzeuge sein sollte. Drzomcalla wollte Franzen überreden, mit ihm in den nahen Wald zu gehen. Er wollte wahrscheinlich versuchen, Franzen in seiner Zeugnisaussage zu beeinflussen und hat, als ihm das nicht glückte, den Kronzeugen niedergeschossen. Franzen wurde mit einer schweren Halsverletzung bewußlos aufgefunden. Der Täter ist noch flüchtig.

Ghandi reist nach Europa.



Nach Meldungen aus Bombay beabsichtigt der Führer der indischen Unabhängigkeitsbewegung, Ghandi (im Bilde), eine Europareise zu machen, auf der er England, Frankreich, Deutschland, die Schweiz, Österreich und Rußland besuchen und an der Jugendkonferenz in Wien teilnehmen wird.

Schweres Lawinenunglück.

Dreizehn sozialistische Naturfreunde tot.

Ein schreckliches Bergunglück wird aus Salzburg gemeldet. Eine Gruppe von 17 Naturfreunden, die eine Tour auf den Sonnfeld unternommen und dort übernachtet hatte, ist am Mittwoch früh auf dem Abstieg verunglückt. Bis früh herrschte eine Kälte von 25 Grad, dann scheint durch einen Föhn der Schnee erweicht zu sein. Als die 17 Naturfreunde später auf ein Schneefeld traten, stürzten sie ab. 13 wurden verschüttet, nur 4 konnten sich retten. Das Schicksal der 13 sozialistischen Naturfreunde scheint trotz der ausgesandten Rettungsexpedition besiegelt. Es besteht kaum noch Hoffnung, daß sie gerettet werden können.

Auf Anfrage in Wien erfahren wir, daß bisher von den in der Nähe von Salzburg verschütteten 13 Touristen trotz angestrengtester Arbeit der Rettungsexpeditionen noch niemand gerettet werden konnte.

Wieder ein Leihhaus zusammengebrochen.

Die Berliner Kriminalpolizei hat das Leihhaus des Kaufmanns Adolf Jirasski geschlossen, nachdem auf Anzeigen von Gläubigern, die weder eingezahlte Gelder noch Zinsen erhielten, die Geschäftsbücher geprüft und ein Fehlbetrag von etwa 100 000 Mark festgestellt worden war. Jirasski ist erkrankt und ins Sanatorium gegangen.

Ein Rechtsanwalt als Autoschieber.

Die fragwürdigen Automobilschiffe des Berliner Rechtsanwalts von Strank haben nach den Ermittlungen der Polizei einen erheblich größeren Umfang angenommen, als man ursprünglich annahm. Der angerichtete Schaden beläuft sich auf viele hunderttausend Mark. In erster Linie ist die deutsche Automobilbank geschädigt, die die unter starker Mithilfe des Rechtsanwalts von Strank abgeschlossenen Automobilverkäufe finanziert und die bei den Geschäftsbahis zur Verwendung gekommenen Wechsel diskontiert hat. Viele dieser Wechsel sollen gefälscht sein. In die Affäre sind nicht weniger als 15 Personen verwickelt. Neben Strank sind die Chemiker Dr. Groß, ein Dr. Zickow und die Kaufleute Günther, Erdmann und Hauke erheblich belastet. Weitere Verhaftungen sollen bevorstehen.

Deutschland besitzt die meisten Flugreflektoren.

Nach einer international verbindlichen Aufstellung steht Deutschland an der Spitze der Flugreflektoren jeder Art, und zwar verteilen sich die Reflektoren wie folgt: Deutschland 20 Reflektoren, Vereinigte Staaten 19, Frankreich 14, Italien 5, Schweiz 4, Tschechoslowakei 3, England 2 und Ungarn 1.

Auslaufen der „Citta di Milano“ zur Nordpolarexpedition.

Das Kriegsschiff „Citta di Milano“ ist Dienstagabend zur Nordpolarexpedition, die unter dem Kommando des Generals Robile durchgeführt werden wird, in See gegangen.

Großfeuer durch einen brennenden Güterwagen.

Auf der Geldernischen Kreisbahn geriet wahrscheinlich durch Funkenflug aus einer Lokomotive, ein mit Stroh beladener Güterwagen zwischen Aumel und Strahlen in Brand. Der brennende Wagen wurde abgekoppelt und rollte auf der abschüssigen Strecke nach Aumel hinunter, wo er drei Häuser und die Schule in Brand setzte. Ein Haus und die Schule brannten vollständig nieder, während bei den beiden anderen Häusern die Dachstühle abbrannten. In der Nacht geriet dann gleichfalls infolge Funkenfluges das in der Nähe der Brandstätte gelegene Anwesen eines Wirtes in Brand und wurde ebenfalls ein Raub der Flammen.

Eine Eisenbahnbrücke in Brand.

In der vergangenen Nacht brach auf der Ludendorff-Brücke zwischen Remagen und Erpel ein Feuer aus, das wahrscheinlich durch Schlagen einer Güterzug-Lokomotive, die den Holzbelag der Brücke in Brand setzte, verursacht war. Die Feuerwehren der umliegenden Dörfer hatten Mühe, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Aus Köln und Koblenz waren von der Reichsbahn Hilfszüge angefordert worden. Der Brand konnte um 3 Uhr nachts gelöscht werden.

Ein Kind zu Tode gemartert.

Der Heilkundige Wilhelm Haase und die Arbeiterin Luise Higg wurden vom Schöffengericht Berlin-Lichtenberg wegen fortgesetzter Kindesmißhandlung und Körperverletzung verurteilt, und zwar Haase zu zwei Jahren Zuchthaus und die Higg zu einem Jahre sechs Monaten Zuchthaus. Haase, ein Mann von 75 Jahren, lebte davon, Kinder polnischer Schnitter in Pflege zu nehmen. Das ist ihm aber schließlich unterlag worden. Im Dezember vorigen Jahres nahm der alte Haase, trotz des Verbotes wieder zwei polnische Schnitterkinder in Pflege, zwei Brüder im Alter von 9 und 18 Monaten, die er in ungläublicher Weise mißhandelte. Mit einem Rohrstock schlug er besonders das jüngste Kind, so daß es schließlich rechtsseitig gelähmt war. Wenn die Kinder lachten, gab Haase ihnen Schnaps zu trinken. Die Kinder mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Dort starb das jüngste an den Folgen der erlittenen Mißhandlungen. Wie man später feststellte, hatte sich auch die Higg an der Mißhandlung der Kinder beteiligt.

Dreizehn Jahre Zuchthaus wegen Erschießung eines Gendarmen.

Vom Schwurgericht Stade wurde Dienstag der Gendarm Leimbach wegen Erschießung des Gendarmemariwachtmeyers Güne in Neuenfelde im Jahre 1919 zu 13 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf zehn Jahre verurteilt.

Ein Dynamitanschlag Ursache der Staudamm-Katastrophe in Kalifornien.

Einige der die Ursachen der Staudammkatastrophe in Kalifornien untersuchenden Beamten wollen Spuren eines Dynamitanschlags gefunden haben. Angeblich soll eine in der Nähe der Unglücksstelle aufgefundene Kartennäse den bei früheren Explosionen entdeckten Stützen außerordentlich ähneln.

Ein entschuldigter Familienmord

ist in Pamplona bei Albi in Frankreich verübt worden. Dort erschog ein 26jähriger Bäckermeister seine Frau, seine Schwiegermutter und seine Großmutter. Der Täter schickte, konnte aber nach einer verzweifelten Jagd von der Gendarmetrie festgenommen werden. Die Mordwaffe trug er noch bei sich. Ingeheim handelt es sich um die Tat eines Geistesgestörten.

Sindberg wird erneut ausgezeichnet.

Der amerikanische Fliegeroberst Lindbergh erhielt jetzt als Anerkennung für seinen Südamerikaflug vom amerikanischen Staatspräsidenten die Woodrow Wilson-Medaille und 25 000 Dollar. Diese Medaille ist bisher nur zweimal verliehen worden.

Unmöglicher Schiedsspruch bei der Reichsbahn.

Im Vorschau bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft wurde am Mittwoch der Schlichter-Kommission unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs a. D. von Willendorff im Reichsarbeitsministerium ein Schiedsspruch gefällig. Sein Inhalt ist mehr als mager. Er sieht im wesentlichen für die verschiedenen Lohngebiete eine Erhöhung der geltenden Grundlöhne von 3 bis 5 Pf. für die Lohngruppe III vor. Der Lohn der übrigen Gruppen soll sich in dem gleichen Verhältnis erhöhen und der Zuschlag für Überarbeit 25 Prozent betragen.

Im einzelnen bestimmt der Schiedsspruch folgendes: Die §§ 4, 5, 11 und 11a des Lohnarbeitsvertrages in der Fassung vom 11. Juli 1924 treten mit den aus diesem Schiedsspruch sich ergebenden Änderungen mit Wirkung vom 1. April 1928 wieder in Kraft.

a) Es erhöhen sich die Grundlöhne für alle Arbeiter nach dem 21. Lebensjahre in sämtlichen Ortsklassen: für die Lohngruppe 3 im Lohngebiet 1 von 61 auf 66 Pf., im Lohngebiet 2 von 67 auf 71 Pf., im Lohngebiet 3 von 71 auf 74 Pf. Die Grundlöhne der übrigen Lohngruppen sowie der übrigen Altersklassen erhöhen sich in dem gleichen Verhältnis.

b) Der Zuschlag für Überarbeit gemäß § 11a Ziffer 5 des Lohnarbeitsvertrages beträgt für die 49. bis 54. Stunde 25 Prozent.

c) Die Schichtzulage wird von 27 auf 30 erhöht. Die Lohnregelung kann erstmalig zum 31. März 1929, sodann zum Schluss jedes folgenden Kalendermonats mit Frist von einem Monat von jeder der beiden vertragsschließenden Parteien schriftlich gefällig werden. Die Frist für die Erklärung der Parteien untereinander und dem Reichsarbeitsministerium gegenüber läuft bis Montag, den 26. März, abends 6 Uhr.

Zwei Dinge sind es vor allem, die den Eisenbahnerschiedsspruch völlig unmöglich machen: Die prozentuale Auswirkung der Erhöhung und die lange Laufdauer der vorgesehener Regelung. Die Löhne werden nach dem Schiedsspruch für die Eisenbahnarbeiter nicht gleichmäßig erhöht; die prozentuale Aufwertung läuft praktisch darauf hinaus, daß die Eisenbahnarbeiter tatsächlich nur eine Zulage von 2 bis 6 Pf. erhalten. Bei einer solch dürftigen Lohnerhöhung ist eine Bindung bis zum 1. April 1929 einfach unerträglich.

Das jämmerliche Ergebnis, das die Schlichtungsverhandlungen gebracht haben, muß bei den Eisenbahnarbeitern Unwillen und Empörung hervorrufen. So schlägt man den Lohnstreik bei der Reichsbahn wirklich nicht. Der vorliegende Spruch ist — in untrübsamen Kreisen macht man daraus gar keinen Hehl. — in keiner Weise geeignet, den drohenden Kampf in Form von Arbeitsniederlegung zu verhindern.

Die Organisationen treten am Donnerstag vormittag zusammen, um zu dem Schiedsspruch Stellung zu nehmen.

Ergebnislose Lohnverhandlungen bei der Reichspost.

Die Lohnverhandlungen bei der Reichspost haben auch am Mittwoch noch kein Ergebnis gebracht. Das Reichsarbeitsministerium warnte, wie wir bereits angedeutet haben, auf den Schiedsspruch im Lohnstreik bei der Reichsbahn, um sich ihn zum Muster zu nehmen.

Wenn Reichspost und schließlich auch noch die Finanzminister für die Regelung der Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter nach dem Vorbild des jetzt vorliegenden Eisenbahnerschiedsspruches vorgehen wollen, dann dürfen sie sich auf einen ersten Konflikt mit der Arbeiterschaft gefaßt machen; denn man kann unmöglich Hunderttausende von Arbeitern mit Bettelplattigen abspenken.

Zum Schiedsspruch im Buchdruckgewerbe.

Die Unternehmer treten auf ihrem Antrag auf Verbindlichkeitsklärung.

Am Mittwoch im Reichsarbeitsministerium geführten Verhandlungen zum Schiedsspruch im Buchdruckgewerbe sind ergebnislos verlaufen. Die Unternehmer lehnen jedes Entgegenkommen ab und beharren auf ihrem Antrag auf Verbindlichkeitsklärung. Die Entscheidung des Reichsarbeitsministers wird erst in den nächsten Tagen erwartet.

Der deutsche Verkehrsband gegen die Unternehmer der Rheinschiffahrt.

Eine Sitzung des Deutschen Verkehrsbandes in Duisburg-Nahort nahm folgende Entschlüsse an:

Der Vorstoß der Unternehmer der Rheinschiffahrt beweist, daß die Interessen der deutschen Arbeitergehör verstoßen durchgeführt wird. Das Ziel ist Lohnabbau und Verlängerung der Arbeitszeit. Die Kämpfe in der Metallindustrie im Bergbau, in der Kanalschiffahrt usw. beweisen, daß die Arbeitergehör alle Kampfsmethoden anwenden. Die Forderung auf Lohnabbau muß einmütig abgelehnt und die Forderung auf Lohnerhöhung mit dem stärksten Nachdruck vertreten werden. Der unausbleibliche Kampf in der Rheinschiffahrt muß ungescheit vorbereitet werden. Die Versammlung hat es zur Durchführung des beschriebenen Kampfes für unbedingt erforderlich, daß die der Internationalen Transportschiffer-Organisation (I.T.O.) angeschlossenen Organisationen in enger Abhängigkeit miteinander für die Wahrung der Interessen des Rheinwasserfahrerspersoneals eintreten.

Lohnbewegung der Kölner Metallarbeiter.

Der Metallarbeiterverband, Ortsgruppe Köln, hat das Lohnabkommen zum 31. März gefällig und den Unternehmern folgende Forderungen unterbreitet: Angleichung der Grundlöhne an die Metallindustrie in dem Ausmaß, daß der Mindestlohn plus 15 Prozent der Metallindustrie erreicht; Erhöhung der Lohnsätze und Zuschläge entsprechend der seit dem letzten Lohnabkommen eingetretenen Lohnerhöhung; Beseitigung der Spanne zwischen den Löhnen der Jugendlichen, weiblichen und erwachsenen Arbeiter.

Das in der Kölner Metallindustrie wurde das Lohnabkommen zum 31. März gefällig. Demnach erfolgte Befristung der Lohnabkommen, jedoch der Schlichtungsausschuss in Tätigkeit treten wird.

In der Solinger Metallindustrie ist es in der Lage der Dinge, daß die Schlichter zu einer Einigung gekommen sind. Der Grund ist eine einseitige Erhöhung der Löhne durch die Metallindustrie, welche die Metallarbeiterverband in Solingen gegen die Lohnbewegung von 30 Prozent beantragt, die Metallindustrie hat sich aber nicht mit einer Erhöhung von 6 Prozent einverstanden.

Die Forderung in der oberhessischen Metallindustrie ist durch einen Schiedsspruch, zu dem die Parteien nach Stellung zu nehmen haben, befriedigt worden. Demnach ist die Lohnbewegung im Jahr, jedoch kann im Eisenbahngewerbe die geltende Lohnbewegung bis zu 30 und auch bis zu 50 Stunden gearbeitet werden. Die Ze-

schläge für Überstunden betragen 10 bis 25 Prozent; auch in der Urlaubs- und Abfrage erfolgte eine Neuregelung. Wird der Schiedsspruch abgelehnt, ist mit der Kündigung der Arbeiterschaft zum 24. März zu rechnen.

Lohnbewegung der Holzarbeiter auf Seewerften.

Die Holzarbeiter auf den Seewerften haben zur Verbesserung ihrer schlechten Lohnverhältnisse durch den Holzarbeiterverband an die Organisation der Werkunternehmer Lohnforderungen gerichtet. Die Tariflöhne stehen in allen Werften stark unter den Löhnen der übrigen Tischlerbetriebe. So beträgt in Hamburg der Tariflohn auf den Werften zurzeit 78 bis 82 Pf., in den Tischlereien 1,17 Mark. Der Arbeitsverdienst beträgt auf den Werften circa 1,04 Mark, in den Tischlereien steht er aber mindestens 15 Prozent über dem Tariflohn. Kein Wunder, wenn unter diesen Umständen arbeitslose Kollegen am Ort die Annahme von Arbeit auf den Werften ablehnen und auswärts Arbeitskräfte gesucht werden. Wollen fremde Arbeitskräfte vor Enttäuschungen bewahrt und zugleich den Werftkollegen dienen, dann tun sie gut daran, wenn sie die Werftlore einschließlich Hamburg meiden.

Erinnerung.

„Ohne Zweifel geht Deutschland demselben Zustand entgegen, worin England sich befindet. Ich empfehle aber die äußerste Vorsicht und Kontrolle des Verhaltens der Arbeiter und Meister und jeden sofort herauszuschmeißen, der Miene macht, sich zu beteiligen bei irgend einem Verbands, der feindlich ist gegen Arbeitgeber und Kapital. Ferner rechne ich darauf, daß jeder herausgeschmissen wird, der in Religionsinteressen zu wählen versucht. Wir wollen nur treue Arbeiter haben, die dankbar im Herzen und in der Tat dafür sind, daß wir ihnen das Brot steten. . . . Dagegen soll aber niemand wagen, gegen ein wohlwollendes Regiment sich zu erheben, und eher ist alles in die Luft zu sprengen, alles zu opfern, als Arbeiterbegehre nachzugeben unter dem Druck von Streit.“

Alfred Krupp im Jahre 1871.

Heute sind die Krupp und die übrigen Schwerindustrieellen „humaner“ geworden. An Stelle des „In-die-Luft-sprengens“ drohen sie mit Schließung der Betriebe. Der Endeffekt dürfte aber derselbe sein.

Die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten.

„Chicago Tribune“ veröffentlicht eine Depesche aus New-York, in der es heißt: Cozens, der vor etwa einem Vierteljahrhundert an der Spitze eines Heeres von Arbeitslosen von New-York nach Washington zog, habe jetzt angekündigt, daß er bald

Parade der Großbanken.

Glänzende und bittere Bilanzen.

Nach den jetzt veröffentlichten Abschlüssen der sieben Berliner Großbanken — Deutsche, Diskonto, Dresdner, Danat, Commerz- und Privat, Berliner Handelsgesellschaft und Mitteldeutsche Creditbank — vollzog sich während des Jahres 1927 gegenüber den beiden Vorjahren in den Hauptposten folgende Entwicklung:

	1927	1926	1925
	(in Millionen Mark)		
Kreditoren (fremde Gelder)	5232	6528	4897
Bekände an Wechseln	1852	1676	1372
Vorräte an Lagernde Waren	576	508	491
Laufend gewährte Kredite	4029	3967	2457
Kredite im Vorkaufgeschäft	630	821	165

In der Zeit von 1925 bis 1927 haben sich bei den sieben Berliner Großbanken die Kreditoren, die den Banken zur Verfügung gestellten fremden Gelder, von 4,9 Milliarden auf 6,5 Milliarden Mark erhöht. Untere Tabelle zeigt, daß die Banken im Jahre 1926 die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zur Finanzierung des Vorkaufgeschäfts benutzt haben. Die Kredite im Vorkaufgeschäft liegen nämlich von 165 Millionen im Jahre 1925 auf 630 Millionen Mark. Die Finanzierung der produktionen Wirtschaft wurde so demnachslüft; auch die trotz schwerer Wirtschaftskrisis von 4,9 auf 6,5 Milliarden angewachsenen fremden Gelder leitete man im Jahre 1926 im großen Umfange der Börse zu, wo sich auf Grund der Kartellkartellung die Aufwertung der Industrie, Schiffahrts- und Seefahrtswirtschaft. Im Jahre 1927 gingen die Kreditoren auf 6,5 Milliarden Mark zurück. Dagegen liegen die Bekände an Wechseln, die Vorräte an Lagernde Waren und laufende Kredite auf 6,5 Milliarden Mark. Die Kreditoren in der Wirtschaft erfordern jetzt die Mittel der Banken. Wie das Vorkaufgeschäft im Jahre 1926, so brachte auch die Wirtschaftskrisis im Jahre 1927 eine starke Steigerung der Umsätze, wie untere Tabelle zeigt:

	1927	1926	1925
Umsätze	563	671	545 Milliarden
Gewinnüberschuss a. Jahresabschluss	45 000	47 100	51 000
Reservefonds Verluste	217	265	290 Millionen
Reservefonds Bruttogewinn	451	426	422
Reservefonds Reingewinn	367	303	56,8
Abwertkapital	528	551	474
Offene Rechnen	251	222	191

Die Umsatzerhöhung macht Ende 1927 rund 30 Prozent aus, also erheblich mehr Ende 1926. Das ist ein Beweis dafür, wie unendlich der Bedarf von der Wirtschaftskrisis zur Wirtschaftskrisis für den Geschäftsbetrieb der Großbanken war. Nicht in dem Ausmaß wie der Umsatz und die Umsätze der Großbanken geringen: Die Umsatzerhöhung macht in den Jahren 1925 bis 1927 — 30 Prozent aus. Die Steigerung der Umsätze beträgt dagegen nur 3 Prozent. Trotzdem wird gegenüber 1924 nur ein um 12 Prozent vermehrter Bruttogewinn angenommen. Der Reingewinn hat sogar um 92,8 Millionen im Jahre 1926 auf 67,7 Millionen zurückgegangen. Wir gehen zu, daß sich die Umsätze, die Umsätze zwischen den Geschäftsbetrieben und vertriebenen Betrieben, im Laufe der letzten drei Jahre etwas verringert hat. Der Grund des um 60 Prozent erweiternden Geschäftsbetriebes und einer Zunahme von 30 Prozent zu sehen. Das die Umsätze der Umsätze und Umsätze zwischen den Geschäftsbetrieben und vertriebenen Betrieben, im Laufe der letzten drei Jahre etwas verringert hat. Der Grund des um 60 Prozent erweiternden Geschäftsbetriebes und einer Zunahme von 30 Prozent zu sehen. Das die Umsätze der Umsätze und Umsätze zwischen den Geschäftsbetrieben und vertriebenen Betrieben, im Laufe der letzten drei Jahre etwas verringert hat. Der Grund des um 60 Prozent erweiternden Geschäftsbetriebes und einer Zunahme von 30 Prozent zu sehen.

neuerlich ein anderes Heer von Arbeitslosen, das die fünf Millionen der in Amerika beschäftigten Frauen und Männer vertreten werde, von New-York nach Washington führen werde, um die Aufmerksamkeit der Behörden auf die Arbeitslosigkeit zu lenken. Nach Ansicht Cozens ergebe sich die Zahl von fünf Millionen Arbeitslosen in Amerika aus der Tatsache, daß höchstens 25 Prozent der amerikanischen Fabriken voll beschäftigt seien. Nach einer Schätzung des Sekretärs des Arbeitsamtes Davis bewege sich die Zahl der Arbeitslosen gegenwärtig zwischen zwei und vier Millionen.

Lohnkampf der Hochlohnmetallarbeiter.

Prag, 19. März. In den nächsten Tagen werden die Metallarbeiter Mittelböhmens dem metallindustriellen Verband den neuen Kollektivvertragsentwurf sowie die beschlossene Lohnregelung vorlegen. Damit werden zunächst etwa 40 000 Metallarbeiter in die Aktion einbezogen. Unmittelbar darauf werden die übrigen Gebiete der tschechoslowakischen Republik in Aktion treten, jedoch mehr als 100 000 Metallarbeiter im Lohnkampf stehen werden. Es wird eine Angleichung der in verschiedenen Betrieben gezahlten Löhne angestrebt, jedoch im Durchschnitt eine 15prozentige Erhöhung der gegenwärtigen Stundenlöhne erzielt werden soll. Die kommunistischen Metallarbeiterorganisationen sind an der Aktion nicht beteiligt. ständigen Arbeitszeit.

Betriebsrätewahlen im Bereich der Regierung Breslau.

Wiederum haben die Wahlen zum Betriebsrat und zum örtlichen Betriebsrat bei der Regierung Breslau stattgefunden und zu einem vollen Siege der freien Gewerkschaften geführt. Der Reichsverband deutscher Büroangestellter und Beamten (Christlich) hatte auf seine Liste für die Betriebsratswahlen wohl 68 Stimmen erhalten, konnte aber keinen Sitz erben, da die freien Gewerkschaften 640 Stimmen für sich verbuchen konnten. Ebenso sind die gegnerischen Verbände bei den örtlichen Betriebsratswahlen bei der Breslauer Regierung leer ausgegangen.

Die graphischen Hilfsarbeiter Breslaus gegen den Schiedsspruch.

Am 20. März fand im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung der graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen statt. Gauleiter Kollege Reinhold gab einen ausführlichen Bericht über die stattgefundenen Lohnverhandlungen in Berlin und gab den gefällten Schiedsspruch bekannt. Sämtliche Diskussionsredner waren einmütig der Meinung, daß der gefällte Schiedsspruch in keiner Weise unseren Verhältnissen Rechnung trägt. Die vollständige Einmütigkeit erwies die Anwesenden, indem sie nachstehende Resolution einstimmig annahm:

„Die am 20. März im Gewerkschaftshaus versammelten graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen der Zahlstelle Breslau versprechen in der durch den miserablen und vollständig ungenügenden Schiedsspruch geschaffenen Situation, geschlossen die vom Zentralvorstand gegebenen Weisungen durchzuführen. Die Kollegenschaft ist bereit, mit allen zu Gebote stehenden gewerkschaftlichen Mitteln für ihre nur den äußerlich schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßten Forderungen zu kämpfen.“

außerordentlichen Gewinne der in den Programmen verübenden „Not“ wenigstens einigermaßen anzupassen.

So glanzvoll die Bilanz des Bankkapitals ist, so bitter ist die Bilanz des Bankpersonals. Der Umsatz der sieben Berliner Banken hat sich in der Zeit von 1925 bis 1927 von 518 auf 660 Milliarden gesteigert. Die Zahl der Angestellten wurde, obwohl ein Bankbeamtenabbau in größerem Umfange schon 1924 erfolgte, von 51 000 auf 45 900 verringert. Der Abbau hat auch viel schärfere Formen als die Zahlen vermuten lassen, da man erfahrungsgemäß den älteren Kräften den Laufpaß gibt und die jüngeren und billigeren Beamten hält. Trotz des Abbaues haben sich die ausgewiesenen Aufkosten von 299 Millionen auf 317 Millionen, also um 18 Millionen erhöht. In diesen 18 Millionen Mark stecken große Bau- und Erneuerungskosten. Aus diesem Fonds wurden auch die Anschaffungskosten für die entstehenden Parks der Büromaschinen bestritten. Für die Entschärfung der abgebauten und für die materielle Verbesserung der noch im Dienst befindlichen Beamten dürfte nicht viel übrig geblieben sein. Das werden die Bankbeamten am besten wissen!

Die Beratungsstelle für Auslandsanleihen

beschäftigte sich am Freitag und Sonnabend mit den Anträgen der Städte München, Frankfurt a. M., Breslau und Dresden. Die Berechtigung der von den genannten Städten beantragten Auslandsanleihen wurde anerkannt. Damit ist aber die Genehmigung noch lange nicht erteilt; denn die sogenannte Sachliche Klausel, die bei der Reform der Beratungsstelle in deren Statut eingefügt worden ist, steht eine weitere Prüfung darüber vor, ob die beantragten Anleihen auch im Einklang mit der preussischen Währungspolitik stehen. Die Beratungsstelle wird sich in den nächsten Wochen auch noch mit Einzelanträgen kleinerer Gemeinden beschäftigen, so daß die endgültige Entscheidung über die bereits als berechtigt anerkannten Anleihen der großen Städte frühestens Mitte April fallen kann.

Während die Beratungsstelle so Verzögerungspolitik treibt und die Anleiheperre aufrecht erhält, nimmt die bedenkliche und sehr teure Ausnahme kurzfristiger Kredite durch die Kommunen usw. allem Anschein nach großen Umfang an. Aus dieser Entwicklung kann der deutschen Währungspolitik große Gefahr erwachsen.

Neue Kunstfabrik in Siegburg. Der J. P. Bemberg-Konzern hat mit der Stadtverwaltung Siegburg in Rheinland einen Vertrag abgeschlossen, nach dem die J. P. Bemberg in Siegburg eine Kunstfabrik einrichten wird. Hoffentlich trägt die neue Industrie dazu bei, die außergewöhnlich starke Arbeitslosigkeit in Siegburg einzudämmen. Während des Krieges wurde hier eine große Munitionsfabrik betrieben, die nach dem Zusammenbruch an die Deutschen Werke überging. Von der Deutschen Werke erwarb sie die Paul Rhode-Gruppe, die den Betrieb zum größten Teil übernahm.

Dafür wurde diese Marke geschaffen:
Damit die Hausfrau im Winter ebenso gutes Gemüse haben soll, als andere im Sommer. „Seidel's“ Devise für die Hausfrau seit 1886: Keine Arbeit, doppelter Genuss, hohe Nährkraft! Frisch vom Feld in diese Dose! Man braucht man bloß, Seidel's fügen beim Kochen!